

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXIV. Jahrgang, Nr. 7

Juli 1951

Inhalt

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Erste Reaktionen auf das neue Preis-Lohn-Abkommen — Günstige Entwicklung von Produktion und Ausfuhr
Neuer Höhepunkt der Beschäftigung

*Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise und Löhne — Ernährung — Land- und Forstwirtschaft — Energie-
wirtschaft — Industrieproduktion — Umsätze — Arbeitslage — Verkehr — Außenhandel*

Die Rohwarenmärkte im II. Quartal 1951

Österreichische Wirtschaftszahlen (*Genauere Inhaltsangabe auf der 3. Umschlagseite*)

Internationale Wirtschaftszahlen (*Weltmarktpreise*)

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Erste Reaktionen auf das neue Preis-Lohn-Abkommen — Günstige Entwicklung von Produktion und Ausfuhr — Neuer Höhepunkt der Beschäftigung

Die Preis-, Lohn-, Steuer- und Tarifierhöhungen des fünften Preis-Lohn-Abkommens haben bereits vielfach auch in anderen, im Abkommen nicht geregelten Bereichen der Wirtschaft, nachhaltige Preis-
anpassungen ausgelöst. Dieser Prozeß, der durch die im September beabsichtigte Neuregelung der Miet-
zinsse noch verstärkt werden dürfte, fällt andererseits mit einer relativ günstigen Entwicklung wichtiger
„realer“ Faktoren der Wirtschaft zusammen. So hält die Industrieproduktion — von monatlichen Schwan-
kungen abgesehen — ihr hohes Niveau, die Zahl der Beschäftigten übersteigt 2 Millionen, die Arbeitslosig-
keit ist niedriger als in irgendeinem Zeitpunkt seit Oktober 1949 und die Ausfuhr, die im Mai vorüber-
gehend einen Rückschlag hatte, erlebte im Juni wieder einen kräftigen Aufschwung.

Wie sich allerdings in weiterer Folge Produktion, Beschäftigung und Außenhandel der neuen durch
das Preis-Lohn-Abkommen geschaffenen „Datenkon-
stellation“ anpassen werden, läßt sich schwer voraus-
sagen. Unsere lückenhafte und unsystematisch auf-
gebaute Wirtschaftsstatistik erlaubt nicht, die wirt-
schaftlichen Zusammenhänge so zu durchleuchten,
wie es nötig wäre, um Veränderungen der Ein-
kommensverteilung und der Preisstrukturen sowie
Preis-
anpassungen, die ein so nachhaltiger Eingriff wie
das letzte Preis-Lohn-Abkommen hervorruft, auch nur
einigermaßen genau zu verfolgen. Dazu kommen noch
kaum vorhersehbare Einwirkungen vom Weltmarkt
und verschiedene unwägbarere Reaktionen von Pro-

duzenten, Käufern und Verkäufern, und nicht zuletzt
der unklare Kurs unserer Wirtschaftspolitik. Ziem-
lich sicher jedoch ist, daß die Erhaltung des derzeit
hohen Beschäftigtenstandes und die internationale
Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Industrie
der Wirtschaftspolitik schon in nächster Zeit ernste
Sorgen bereiten werden.

Der gegenwärtig hohe *Beschäftigtenstand* der
österreichischen Wirtschaft beruht offenbar auf keiner
sehr tragfähigen Grundlage. Die mehr als saison-
mäßig starke Zunahme der Beschäftigung seit Früh-
jahr 1951 ist nämlich zu einem nicht geringen Teil
der spekulativ übersteigerten Baukonjunktur zu ver-
danken. Öffentliche und private Bauherren haben in
den vergangenen Monaten alle Anstrengungen ge-
macht, möglichst rasch die für die Bausaison 1951
vorgesehenen Beträge zu verbauen. Man nahm be-
wußt Mehrkosten infolge Überstunden und Minder-
leistungen in Kauf, weil man das Bauen nach dem
erwarteten fünften Preis-Lohn-Abkommen als noch
kostspieliger beurteilte. Vielleicht ist diese Rechnung
in einzelnen Fällen aufgegangen. Jedenfalls aber tat
man genau das Gegenteil dessen, was das *Inter-
ministerielle Referentenkomitee zur Bekämpfung der
Winterarbeitslosigkeit* im Interesse einer möglichst
kontinuierlichen Beschäftigung empfahl: in der Hoch-
saison möglichst alle Arbeiten zurückzustellen, die
auch während der schlechten Jahreszeit ohne wesent-
liche Mehrkosten ausgeführt werden können, und da-
durch das Bauen über das ganze Jahr gleichmäßig zu

verteilen. Den mit der Finanzierung befaßten Stellen wurde gleichzeitig nahegelegt, die Durchführung dieser Absichten technisch zu ermöglichen. Es handelte sich hier keineswegs mehr um ein gewagtes Experiment. Eine österreichische Studienkommission, die im Rahmen einer Aktion des Internationalen Erfahrungsaustausches (Technical Assistance) im Frühjahr d. J. einige nordische Staaten besucht hatte, konnte sich an Ort und Stelle davon überzeugen, daß es möglich ist, unter Wahrung der Interessen der Bauherren, Bauunternehmer und Bauarbeiter und zum Nutzen der gesamten Volkswirtschaft die Winterarbeitslosigkeit auf ein Minimum zu beschränken, und zwar unter Voraussetzungen, die keineswegs günstiger sind als in Österreich. In Schweden z. B. waren noch vor wenigen Jahren (bis 1942) während des Winters nicht weniger als 50% der Bauarbeiter arbeitslos, während in den Wintermonaten der letzten Jahre dank des Zusammenspiels verschiedener Maßnahmen, nur rund 15% der Bauarbeiter feierten, eine Rate, die kaum noch von einer Winterarbeitslosigkeit zu sprechen erlaubt. Der Zustand einer gleichmäßig hohen Beschäftigung im Baugewerbe kann freilich nicht bloß durch unverbindliche Empfehlungen erreicht werden. Dieses erstrebenswerte wirtschaftspolitische Ziel läßt sich nur durch sinnvoll aufeinander abgestimmte preis-, lohn-, steuer-, kredit- und investitionspolitische Maßnahmen, insbesondere aber durch umfassende organisatorische Vorkehrungen, erreichen. Diese Maßnahmen müssen allerdings so konzipiert sein, daß die angesprochenen Kreise selbst Interesse haben, sie zu befolgen, bzw. gute Gründe, sie nicht zu übersehen.

Die Folge der forcierten Bautätigkeit in den vergangenen Monaten ist eine weitgehende Erschöpfung der von den öffentlichen und privaten Bauherren ursprünglich für den Rest des Jahres vorgesehenen Mittel. Das ist um so schlimmer, weil infolge des Preis-Lohn-Abkommens und der allgemeinen Entwicklung der Preise der *reale* Wert der für das Bauen noch verfügbaren Beträge erheblich geringer geworden ist. Gemildert werden diese bedenklichen Aspekte allerdings dadurch, daß im zweiten Halbjahr 1951 bedeutend mehr Counterpart-Mittel bereitgestellt werden dürften als im ersten Halbjahr, in dem mit Freigaben stark zurückgehalten wurde. Ob diese zusätzlichen Mittel jedoch ausreichen werden, nicht nur im Herbst, sondern auch im Winter ein ausreichendes Bauvolumen zu halten, ist ungewiß.

Ebenso wichtig erscheint es, die Lage des *Außenhandels* und die Kursfrage im Lichte des fünften Preis-Lohn-Abkommens zu überprüfen. Österreich

zählte bereits vor dem Abkommen zu jenen Staaten, deren Preis- und Kostenniveau seit Ausbruch des Koreakonfliktes am stärksten gestiegen war¹⁾. Die neuerliche Erhöhung des inländischen Preis- und Kostenniveaus läßt daher befürchten, daß die Inlandspreise im allgemeinen das Niveau der Weltmarktpreise überschreiten werden. Wohl dürften die Produzenten von Rohstoffen, Halbfabrikaten und sonstigen international begehrten Waren auch in Hinblick konkurrenzfähig bleiben. Typische Fertigwarenindustrien werden voraussichtlich jedoch in Schwierigkeiten geraten. Treffen zudem die inländischen Kostensteigerungen mit einem Rückgang der Weltmarktpreise zusammen, so könnte sich die Währungspolitik sehr bald vor die Alternative gestellt sehen, entweder den Export sinken zu lassen, oder aber eine offene oder versteckte Kursverschlechterung in Kauf zu nehmen. Auch eine hohe Auslandshilfe für das Jahr 1951/52 würde den Exportzwang und damit den Druck auf den Kurs nur mildern, nicht aber beseitigen.

Ist man, was die zukünftige Entwicklung von Beschäftigung und Außenhandel anbelangt, zunächst noch auf mehr oder weniger fundierte Vermutungen angewiesen, so zeichnen sich auf dem Gebiete der *Preise* bereits sehr konkrete Rückwirkungen ab. Die ab 16. Juli geltenden Preiserhöhungen des fünften Preis-Lohn-Abkommens ließen die Indizes der Lebenshaltungskosten (nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema) und der Kleinhandelspreise (laut Berechnungen des Statistischen Zentralamtes) um etwa 7% steigen. Beide Indizes unterschätzen allerdings die tatsächliche Erhöhung des Konsumgüterpreisniveaus, da sie weniger Mehl und Mehlprodukte enthalten als gegenwärtig im Durchschnitt verbraucht werden.

Gleichzeitig mit den Preiserhöhungen des fünften Preis-Lohn-Abkommens sind zahlreiche, nicht im Abkommen geregelten Preise gestiegen. Von Mitte Juni bis Mitte Juli wurden im Kleinhandel Fleisch, Marmelade, Kartoffeln (saisongemäß), Möbel, Steinkohle, Koks und Holz teurer, billiger hingegen nur Obst und Hülsenfrüchte. Aus diesen Preisbewegungen resultierte eine weitere Steigerung der Lebenshaltungskosten um 2,4%. Seit Mitte Juli verstärkten die Lohn-, Steuer- und Tarifierhöhungen des fünften Preis-Lohn-Abkommens den Preisauftrieb. Handwerksleistungen und sonstige Dienstleistungen (Friseure, Kinos, Gaststätten) wurden fast allgemein teurer. Aber auch die Preise einiger ge-

¹⁾ Siehe „Statistische Nachrichten“, Nr. 6, Jahrgang 1951, S. 180.

werblicher Güter haben bereits angezogen (z. B. Papier, Kaffeemittel, Kosmetika). Die Anpassung der großen Masse der gewerblichen Preise an die neuen Kosten- und Nachfragebedingungen ist zur Zeit noch im Flusse.

Das Nachrücken der gewerblichen Preise wird durch verschiedene Faktoren gefördert. Einmal handelt es sich bei den neuen Löhnen, indirekten Steuern und Tarifen um voraussehbare und daher kalkulierbare Mehrausgaben, die erfahrungsgemäß viel leichter auf die Konsumenten überwältigt werden können als etwa eine Erhöhung der direkten Steuern. Zum anderen aber darf nicht übersehen werden, daß die durch das fünfte Preis-Lohn-Abkommen geschaffene zusätzliche Konsumentenkaufkraft zunächst nur teilweise durch die ab 16. Juli geltenden Preiserhöhungen absorbiert wurde. Die öffentlichen Bediensteten, Rentner und Pensionisten erhielten außer der Abgeltung der Teuerung eine Erhöhung ihrer Bezüge um 10%; das unter sozialpolitischen Gesichtspunkten erstellte Verbrauchsschema, nach dem die notwendigen Lohnerhöhungen berechnet wurden, enthält gewisse Reserven; die in den Lohnerhöhungen bereits berücksichtigten neuen Tarife schließlich gelten erst ab August bzw. September. Produzenten und Händler sehen sich daher augenblicklich einer relativ starken Nachfrage gegenüber, die sie begreiflicherweise dazu ausnutzen, ihre Mehrkosten zumindest teilweise durch höhere Preise zu decken.

Die *Bruttolöhne* der gewerblichen Wirtschaft sind durch das Abkommen um 14% gestiegen. Die Erhöhung der *Nettolöhne* ist etwas größer, da das Mehreinkommen weitgehend steuer- und abgabenfrei bleibt. Der Index der Nettotariflöhne für Wien erhöhte sich dementsprechend um 16,3% (ohne Kinderbeihilfen) und um 23,7% einschließlich Kinderbeihilfen für zwei Kinder.

Der *Geldumlauf* ist im Juni vorwiegend infolge einer Vermehrung des Notenumlaufs um 218 Mill. S gestiegen. Im Juli dürfte mit einer annähernd gleich großen Zunahme zu rechnen sein (der Notenumlauf erhöhte sich um 200 Mill. S). Insgesamt hat sich der Geldumlauf im 1. Halbjahr 1951 um 799 Mill. S oder 5,3% erhöht. Hält man demgegenüber, daß im gleichen Zeitraum die Großhandelspreise um 18,7%, die Lebenshaltungskosten um 9,3% und die Löhne (Index der Arbeiternettotariflöhne für Wien) um 9,2% gestiegen sind, so ist zu erkennen, daß Notenbank und Kreditinstitute die vom Weltmarkt ausgehenden Preissteigerungen für Rohstoffe und das Nachrücken der inländischen Fertigwarenpreise und

Löhne nur teilweise finanziert haben. Das Bemühen der Währungsbehörden, die Umlaufsteigerung in verhältnismäßig engen Grenzen zu halten, wurde allerdings durch die Counterpartpolitik nachhaltig unterstützt. Im 1. Halbjahr 1951 liefen 2,0 Mrd. S Erlöse auf dem Counterpartkonto ein, freigegeben (vom Konto abgebucht) wurden jedoch nur 1,3 Mill. S.

Die Auszahlung der 1. Hälfte des 13. Monatsgehaltes sowie die Erwartung allgemeiner Preissteigerungen nach dem Preis-Lohn-Abkommen hat die Nachfrage im *Einzelhandel* im Juni erstmalig seit Februar wieder etwas stärker belebt. Die Warenhäuser setzten wertmäßig um 30% und die Konsumgenossenschaften um 21% mehr um als im Mai. Auch im Juli dürfte das Niveau der Juniumsätze entgegen den Saisonerwartungen gehalten worden sein.

Der Index der *Industrieproduktion* ging im Mai wegen 8 Sonn- und Feiertage um 5% zurück. Saisonabhängige Zweige, wie die Baustoffindustrie (+17%) und die Metallhütten (+38%), vermochten wohl ihre Produktion zu steigern. Die Produktionsindizes der Fahrzeugindustrie (-10%), Elektroindustrie (-19%), Textilindustrie (-15%), Lederindustrie (-11%) und chemischen Industrie (-6%) gingen jedoch stärker zurück. Die günstigen Produktionsergebnisse einzelner Zweige im Juni — die Bergbaue erzeugten um 17%, die eisenschaffende Industrie um 24%, die Papierindustrie um 11% und die Tabakfabriken sogar um 69% mehr als im Mai — lassen für diesen Monat einen neuen Höhepunkt der Industrieproduktion erwarten.

Die Lage auf dem *Arbeitsmarkt* ist zunächst unverändert günstig. Die Zahl der Beschäftigten stieg im Juni um 23.000 und überschritt damit die Zweimillionengrenze. Gleichzeitig ging die Zahl der Stellensuchenden im Juni um 17.200 und im Juli um weitere 6.500 zurück. Ende Juli waren bei den Arbeitsämtern nur noch 73.100 Stellensuchende verfügbar, um 19.900 weniger als Ende Juli 1950. In einzelnen Bundesländern und in einigen Berufen herrscht praktisch Vollbeschäftigung oder sogar Arbeitskräftemangel.

Die *Ausfuhr* ist im Juni um 190 Mill. S auf 880 Mill. S gestiegen. Das Ausfuhrvolumen lag um 21% über dem Vorkriegsniveau (1937), erreichte aber nicht ganz den Stand vom IV. Quartal 1950. Da die *Gesamteinfuhr* im Juni mit 1.249 Mill. S (davon 309 Mill. S ERP-Lieferungen) nur um 15 Mill. S größer war als im Mai, sank der Einfuhrüberschuß im gesamten Außenhandel von 544 Mill. S auf 369 Mill. S.

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu statistische Übersichten S. 370–371

Im Juni hat das *Geldvolumen* (Notenumlauf plus Sichteinlagen bei der Nationalbank und den Kreditinstituten – ohne Zwischenbankeinlagen) um 218 Mill. S (auf 15.407 Mill. S) zugenommen und damit den Stand von Ende März dieses Jahres um 409 Mill. S, den Dezemberstand 1950 um 799 Mill. S überschritten.

Entwicklung des Geldvolumens im Jahre 1950/51

Zeit	Banknoten- umlauf	freie Verbind- lichkeiten der Nationalbank ¹⁾	Scheckkonten bei den Kre- ditinstituten ¹⁾	Geld- volumen 1+2+3
	in Mill. S			
	1	2	3	4
1950 Juni ²⁾	5.783	1.111	6.428	13.322
September	5.863	1.284	6.949	14.096
Dezember	6.349	988	7.271	14.608
1951 März	6.089	770	8.139	14.998
Mai	6.406	551	8.232	15.189
Juni	6.598	612	8.197	15.407

¹⁾ Ohne Einlagen von Kreditinstituten. – ²⁾ Stand jeweils am Ende des Monats.

Vor allem hat der Notenumlauf zugenommen (plus 192 Mill. S), während die Scheckkonten bei den Kreditinstituten sogar etwas zurückgingen. Diese Verschiebung zugunsten des Notenumlaufes hatte sich bereits im Vormonat angebahnt und dürfte zum Teil auf Saisoneinflussen beruhen. Teilweise dürften auch die Weiterwälzung der erhöheten Rohstoffkosten auf die Preise der Konsumfertigwaren und das Nachrücken der Löhne den Bedarf an Notengeld erhöhet haben.

Die Zunahme des Geldvolumens war hauptsächlich auf die laufende *Kreditexpansion* der Kreditinstitute zurückzuführen, die nur zu einem geringen Teil aus dem bereits bestehenden Geldvolumen¹⁾ finanziert wurde. Das Kreditvolumen der Kreditinstitute hat im Juni um 420 Mill. S (auf 12.921 Mill. S) zugenommen. Die Erhöhung im ganzen II. Quartal betrug damit 1.071 Mill. S, die seit Jahresbeginn 2.244 Mill. S. Die Kreditexpansion war im II. Quartal 1951 absolut und relativ größer als im entsprechenden Vorjahresquartal und entgegen den Saisonerwartungen²⁾ nur wenig geringer als im I. Quartal 1951 (1.173 Mill. S).

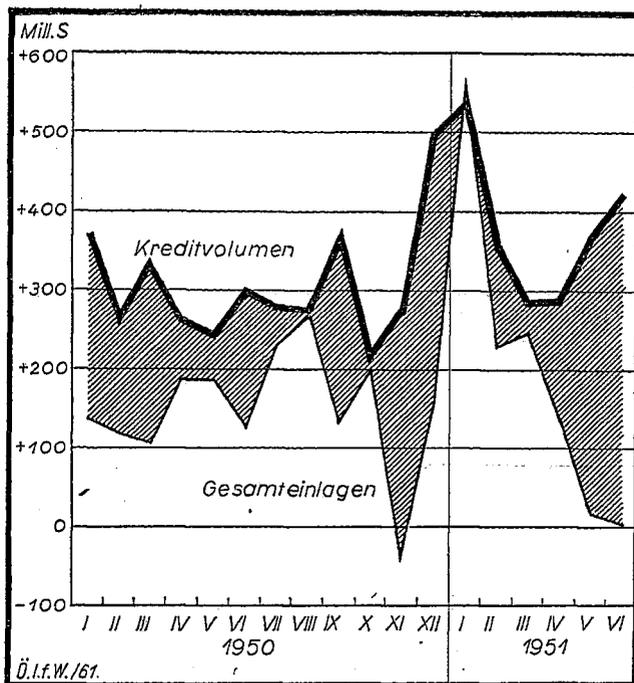
Wie schon im Vormonat mußte die Notenbank verstärkt zur Finanzierung der Kreditausweitung herangezogen werden, da die gesamten Einlagen bei den Kreditinstituten fast unverändert blieben. Die Spareinlagen bei den Kreditinstituten haben sich im

¹⁾ Spareinlagen, Wertpapiertransaktionen, Veränderungen des Kassen- (Noten-) Bestandes der Banken, Anleihen.

²⁾ In den II. Quartalen der letzten Jahre erreichte die Kreditausweitung stets nur 60 bis 80% jener der I. Quartale. Im II. Quartal 1951 waren es jedoch 91%.

Monatliche Zunahmen von Einlagenstand und Kreditvolumen der Kreditinstitute im Jahre 1950 und im 1. Halbjahr 1951

(Normaler Maßstab; in Mill. S)



Im Dezember 1950 und Jänner 1951 stieg der Kreditbedarf der Wirtschaft infolge der Verteuerung der Rohstoffe scharf an, gleichzeitig schlugen sich aber auch die hohen Exportgewinne auf Scheckeinlagen nieder, so daß der Gesamteinlagenzuwachs sogar die Kreditausweitung übertraf. In den folgenden Monaten trat infolge des Nachruckens des inländischen Preis- und Lohnniveaus eine Rückbildung dieser Entwicklung ein. Die Gewinne und damit die Einlagenzuwachse sanken stark, während die Kreditausweitung wegen des erhöheten Betriebskapitalbedarfes weiter anhält. Insbesondere im II. Quartal 1951 mußte daher die Notenbank in besonders starkem Ausmaß zur Finanzierung der Kreditexpansion herangezogen werden.

Juni nur um 17,2 Mill. S (auf 2.455,8 Mill. S) erhöhet; die Scheckeinlagen nahmen sogar um 35,1 Mill. S (auf 8.196,9 Mill. S) ab.

Die Nettobeanspruchung der Notenbank durch die Kreditinstitute betrug im Juni 390 Mill. S. Die Nationalbank übernahm allein Kommerzwechsel für 321 Mill. S und erhöhete damit ihr Portefeuille um 45% auf 1.031 Mill. S, ferner Aufbauwechsel für 49 Mill. S (neuer Stand 2.918 Mill. S), Besatzungskostenschatzscheine für 59 Mill. S (neuer Stand 1.200 Mill. S) und Liquiditatsstutzungsschatzscheine (§ 27 W. Sch. G.) für 3 Mill. S. Dagegen erhöheten die Kreditinstitute ihre freien Nationalbankguthaben um 42 Mill. S (auf 192 Mill. S).

Außer der Kreditexpansion hat das Anwachsen des Devisen- und Valutenbestandes der Nationalbank um 22 Mill. S (auf 310 Mill. S) den Geldumlauf

erhöht. Restriktiv dagegen wirkte der Einzahlungsüberschuß auf dem Counterpartkonto von 98 Mill. S. Auf das ERP-Counterpartkonto liefen im Juni 275 Mill. S ein; gleichzeitig wurden nur 177 Mill. S abgebucht, wovon jedoch der für Industrieinvestitionen bestimmte Betrag von 60 Mill. S zunächst von der Post „Forderung an den Bundesschatz“ der Nationalbankbilanz abgesetzt wurde und daher nicht unmittelbar in den Geldumlauf strömte. Der Rest von 117 Mill. S wurde auf freie öffentliche Nationalbankkonten übertragen. Er erhöhte damit das Geldvolumen, nicht aber in vollem Ausmaß den Notenumlauf, da die öffentlichen Stellen im Juni nur 56 Mill. S von ihren freien Nationalbankkonten abhoben. Es ergab sich also per Saldo eine Erhöhung dieser Konten um 61 Mill. S (auf 612 Mill. S).

Auswirkung expansiver und restriktiver Faktoren auf den Notenumlauf im Juni 1951

Notenumlauf	Expansiv Restriktiv in Mill. S	
Nettobanspruchung der Notenbank durch die Kreditinstitute	+390	— 00
Zunahme des Devisen- und Valutenbestandes der Notenbank	+ 22	— 00
Nettoeffekt der Counterpartgebarung	— 00	— 98
Erhöhung der freien öffentlichen Nationalbankkonten	— 00	— 61
Abbuchung von der Bundesnotenschuld	— 00	— 60
Verminderung des Teilwährungsbestandes	— 00	— 1
	+412	—220
	—220	
Veränderung des Notenumlaufes	+192	

Will man die Entwicklung des Kredit- und Geldvolumens im 1. Halbjahr 1951 würdigen, so muß beachtet werden, daß von der für das ganze Jahr vorgesehenen Freigabe von 2'6 Mrd. S Counterpartmitteln erst höchstens 650 Mill. S effektiv freigestellt wurden (die bekanntgegebenen Freigaben betragen 700 Mill. S). Es ist daher möglich, daß die Zurückhaltung der Freigaben zu ihrer Vorfinanzierung und damit indirekt zu einer stärkeren Ausweitung des Kreditvolumens Anlaß gegeben hat, als sonst eingetreten wäre¹⁾.

Für das 2. Halbjahr 1951 müßte daher, wenn die zurückgehaltenen Counterpartguthaben freigegeben werden, mit einem Verlangsamten der kommerziellen Kreditausweitung gerechnet werden können, insbesondere wenn sich die Kreditpolitik bemüht, ihrerseits die Wirkung der zu erwartenden hohen Counterpartausgänge zu kompensieren²⁾. Eine kom-

¹⁾ Maßgeblich war natürlich auch der kosteninflationäre Auftrieb im 1. Halbjahr 1951, der finanziert werden mußte, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Eine Frage ist allerdings, wieweit nicht die Kredit- und Geldexpansion diesen Auftrieb verstärkt hat.

²⁾ Die Nationalbank könnte auf eine solche Politik stärker hinwirken, da die gegenwärtige Einlagenbewegung bei den Kreditinstituten diese von der Notenbankfinanzierung abhängig macht.

pensatorische Kreditpolitik scheint ratsam, da die Absicht besteht, den laut Freigabeprogramm vorgesehenen restlichen Betrag von 1'9 Mrd. S³⁾ diesmal ganz — und möglichst bald — noch im Laufe des Jahres freizugeben. Nun muß man allerdings — ebenso wie auch im 1. Halbjahr — nach dem 5. Preis-Lohn-Abkommen die Geldversorgung etwas erhöhen, um den durch das Abkommen erhöhten nominellen volkswirtschaftlichen Gesamtumsatz zu finanzieren und ein übersaisonmäßiges Steigen der Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Aber eine vorsichtige Kreditpolitik wird bemüht sein, diese Finanzierung möglichst knapp zu halten, da sie selbst natürlich nicht ohne Einfluß auf die Erhöhung des Gesamtumsatzes (d. h. hier insbesondere auf die sekundären Preissteigerungen nach dem Preis-Lohn-Abkommen) ist.

Die Aktienkurse haben sich — wenn auch uneinheitlich — weiter abgeschwächt; der Kursindex von 36 Industrieaktien fiel um 1% (von 279'9 auf 277'0; März 1938 = 100). Gleichzeitig hielt die leichte Belebung des Marktes für festverzinsliche Papiere an. Der Kursindex festverzinslicher Werte stieg um 1'2% (von 89'8 auf 90'9, März 1945 = 100), der Kurs der Bundesschuldverschreibungen 1947 konnte sich um 3'7% (von 44'15 auf 45'80 S per 100 S Nominale) verbessern und der Kurs der 5% igen Aufbauanleihe 1949 blieb unverändert auf 87 S je 100 S Nominale.

Preise und Löhne

Dazu statistische Übersichten S. 372—374

Das Preisniveau hat sich in der Berichtsperiode — z. T. bereits als Reaktion auf das bevorstehende 5. Preis-Lohn-Abkommen — weiter erhöht. Auch die Kostenerhöhungen der letzten Monate (die Steigerung der Roh- und Hilfsstoffpreise und die mit ihren Ausläufern auch das Preis-Lohn-Abkommen noch überlagernden branchenweisen Lohnerhöhungen) wirkten preissteigernd. Wie im Vormonat stiegen vor allem die Fertigwarenpreise, während sich die Rohstoffpreise uneinheitlich entwickelten. Einzelnen, teilweise saisongemäßen Preiserhöhungen standen Preisrückgänge bei wichtigen ausländischen Rohstoffen (Baumwolle, Wolle, Kautschuk, Zinn) gegenüber⁴⁾. Im

³⁾ Dazu kommen noch 300 Mill. S, die laut Nachtragsbudget für den ordentlichen Haushalt freigegeben werden sollen.

⁴⁾ Der vom Statistischen Zentralamt berechnete Großhandelspreisindex weist in seinem Julistand neben den oben erwähnten Veränderungen bereits die ab 16. Juli wirksamen Preiserhöhungen für Brotgetreide, Milch usw. auf, die im 5. Preis-Lohn-Abkommen beschlossen worden sind. Der Index stieg von Juni auf Juli um 9'8% (von 724 auf 795; März 1938=100).

Kleinhandel stiegen die Preise von Fleisch und Fleischwaren, Eiern, Marmelade, Kartoffeln (saisonbedingt)¹⁾, Möbel, Steinkohle, Koks und Holz (kleinere Änderungen, teilweise durch Erhöhungen von Fuhrlohnzuschlägen usw.). Billiger wurden Obst und Hülsenfrüchte. Der *Lebenshaltungskostenindex* (nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema für eine vierköpfige Arbeiterfamilie in Wien) ist von Mitte Juni auf Mitte Juli um 2,4% (von 555,4 auf 568,8; April 1938 = 100) gestiegen.

Am 16. Juli wurden gemäß den Bestimmungen des 5. Preis-Lohn-Abkommens²⁾ die Erzeuger- bzw. Großhandelspreise für Brotgetreide, Futtergetreide, Milch (Erzeugerpreis), Fettrohstoffe und Zucker sowie die Konsumentenpreise für Brot, Gebäck, Milch und Milchprodukte, Margarine, Öl und Zucker erhöht. Die ebenfalls im Rahmen des Abkommens neu geregelten Tarife treten erst später – am 1. August bzw. 1. September dieses Jahres – in Kraft. Die ab 16. Juli bereits erhöhten Preise ließen den Lebenshaltungskostenindex als erste unmittelbare Teilauswirkung des Abkommens gegenüber dem Vortage um weitere 7% (auf 608,5; April 1938 = 100) steigen. Die Gesamterhöhung seit 15. Juni beträgt damit 9,6%.

Der Lebenshaltungskostenindex gibt auch diesmal die durch das Preis-Lohn-Abkommen unmittelbar verursachte Verteuerung der Lebenshaltung zu niedrig an, weil jene Waren und Leistungen, deren Preise erhöht wurden, im Friedensverbrauchsschema in geringeren Mengen enthalten sind als gegenwärtig tatsächlich verbraucht wird. Andererseits wird der Index auf die dem Abkommen folgenden sekundären Preiserhöhungen zu stark reagieren. Die Gesamtbewegung des Konsumentenpreinsniveaus, die unmittelbar und mittelbar mit dem Abkommen zusammenhängt, dürfte daher durch den Index doch ziemlich realistisch wiedergegeben werden.

Obwohl die primären, unmittelbar im Abkommen vereinbarten Preis- und Tariferhöhungen erst teilweise wirksam sind, lassen sich bereits *sekundäre*, nicht im Abkommen vereinbarte *Preiserhöhungen* erkennen. Es ist allerdings nicht möglich, genau zu unterscheiden, welche von den beobachteten Preissteigerungen noch auf Kostenerhöhungen vor dem Abkommen zurückzuführen und welche ausschließlich als Reaktion auf das Abkommen zu betrachten sind. Außer den im Abkommen vereinbarten Preis-

¹⁾ Bei der Indexberechnung werden regelmäßig im Juni bzw. Juli die Preise heuriger Kartoffeln an Stelle der vorjährigen eingesetzt.

²⁾ Die Einzelbestimmungen und die Auswirkungen des 5. Preis-Lohn-Abkommens werden in Beilage Nr. 15 der Monatsberichte ausführlich behandelt.

erhöhungen sind seit 16. Juli u. a. folgende Preise gestiegen: die Friseurtarife (um 18%), die Preise für Inlandskohle (um durchschnittlich 20%), die Preise für Kinoplätzle (durchschnittlich 25%), der Bierpreis (um 5%), die Kaffeepreise in den Kaffeehäusern (meist 20%), die Preise verschiedener Kosmetika (z. B. Rasiercreme bis zu 25%), die Preise der städtischen Bäder (auch Sommerbäder), gewisse Süßwarenpreise, die Preise für Kaffeemittel (durchschnittlich um 15%), die Speisenpreise in Gastwirtschaften und Hotels und die Pensionspreise. Als Folge steuerlicher Maßnahmen stiegen die Preise von Erdöl und Erdölprodukten (Benzin um 23%, Petroleum um 19%, Dieselöl um 19%).

Die *Löhne und Gehälter* haben sich bis zum Preis-Lohn-Abkommen nur wenig verändert. In einzelnen kleineren Branchen laufen noch individuelle Lohnnachziehungen. Der Index der Arbeiternettotariflöhne blieb bis Mitte Juli unverändert.

Das 5. Preis-Lohn-Abkommen – Einzelheiten sind aus Beilage Nr. 15 der Monatsberichte zu ersehen – ließ die Bruttolöhne und -gehälter in der gewerblichen Wirtschaft im Durchschnitt um 14% und die Bezüge der öffentlich Angestellten um 26% steigen. Die Nettoeinkommen sind dank der Ermäßigung der Lohnsteuer prozentuell etwas stärker gestiegen. Der Index der Arbeiternettotariflöhne (für Verheiratete mit 2 Kindern in Industrie und Gewerbe in Wien) erhöhte sich infolge der im Abkommen beschlossenen Lohnerhöhung um 27,5% (von 570,7 auf 727,7; April 1945 = 100) einschließlich der Kinderbeihilfen (+ 75%) und um 16,3% (von 498,7 auf 579,8 April 1945 = 100) ohne Kinderbeihilfen.

Ernährung

Dazu statistische Übersichten S. 375

Die Verknappung des Angebotes an einigen wichtigen Nahrungsmitteln (Milch und Molkereiprodukte³⁾, Obst, Gemüse, Fleisch) in den letzten Monaten verursachte vielfach empfindliche Versorgungsstörungen.

Die Zufuhren von *Obst, Gemüse und Kartoffeln* nach Wien blieben seit April ständig um 10 bis 20% hinter dem Vorjahr zurück. Wurden von April bis Juni 1950 im Wochendurchschnitt 7.400 q Obst, 13.400 q Gemüse und 9.000 q Kartoffeln nach Wien geliefert, so waren es in diesem Jahr nur 5.800 q, 11.600 q und 8.000 q.

Die Ursachen lagen vor allem darin, daß weniger eingeführt wurde als im Vorjahr (Zahlungsbilanzschwierigkeiten, importhemmende Außenhandels-

³⁾ Siehe hierzu Nr. 6 der Monatsberichte, Jg. 1951, S. 294 ff.

Wöchentliche Anlieferungen von Obst, Gemüse und Kartoffeln nach Wien¹⁾

Zeit	Obst ²⁾		Gemüse ³⁾		Kartoffeln	
	Insges.	davon Ausland	Insges.	davon Ausland	Insges.	davon Ausland
∅ 1937	17.230	10.358	27.425	4.632	11.372	3.642
1950 IV.	7.516	2.308	6.577	1.653	8.370	32
V.	5.458	1.655	13.881	2.498	8.231	665
VI.	9.180	1.618	19.673	2.531	10.247	5.953
∅ IV.—VI.	7.385	1.860	13.377	2.227	8.949	2.217
1951 IV.	6.687	1.897	7.493	1.805	7.890	—
V.	3.094	1.450	11.469	901	6.991	—
VI.	7.693	1.624	15.873	2.568	9.294	4.077
∅ IV.—VI.	5.825	1.657	11.612	1.758	8.058	1.359
in % von						
∅ 1950 IV.—VI.	78'9	89'1	86'8	78'9	90'0	61'3

¹⁾ Nach den Berichten des Marktamtes der Stadt Wien. Für April und Mai wurde der Wochendurchschnitt aus 4, für Juni aus 5 Wochenmeldungen berechnet. — ²⁾ Einschließlich Agrumen. — ³⁾ Einschließlich Zwiebel, Pilze, Knoblauch.

politik), daß das Inland infolge des feuchten und kühlen Frühjahrswetters weniger lieferte und daß mehr Nahrungsmittel als in früheren Jahren aus dem Wiener Einzugsgebiet in die westlichen Bundesländer geliefert wurden, was nicht zuletzt der Ausländerfremdenverkehr begünstigte.

Anlieferungen von ausländischen Frühkartoffeln nach Wien¹⁾

Zeit	Insgesamt		davon aus Italien	
	q	1937 = 100	q	
Mai 1937	52.743	100'0	52.743	
„ 1950	2.661	5'0	2.348	
„ 1951	—	—	—	
Juni 1937	86.515	100'0	71.420	
„ 1950	29.765	34'4	29.765	
„ 1951	20.381	23'6	19.489	

¹⁾ Nach den Berichten des Marktamtes der Stadt Wien.

Sehr stark blieb der Import ausländischer Frühkartoffeln zurück. Während im Vorjahr schon im Mai 2.700 q und im Juni weitere 30.000 q nach Wien geliefert wurden, kamen in diesem Jahr im Mai keine, im Juni nur 20.400 q ausländische Frühkartoffeln (davon 19.500 q aus Italien, der Rest aus Jugoslawien) auf den Markt. Demgegenüber wurden im Mai und Juni 1937 insgesamt 140.000 q nach Wien geliefert. Die Versorgungslage besserte sich erst, als Ende Juni inländische Frühkartoffeln angeboten wurden.

Die Preise für Obst, Gemüse und Kartoffeln waren daher in den letzten Monaten fast durchwegs bedeutend höher als im Vorjahr (Gemüse um 100 %, Obst um etwa 50 %). Auch gegenüber der Vorkriegszeit sind die Preise der meisten Obst- und Gemüsearten höher als die der übrigen Nahrungsmittel.

Das Angebot in Wien wird vielfach auch durch die Versteigerungsmethoden des Großhandels¹⁾ nied-

¹⁾ In der Regel wird vor Beginn der Versteigerung eine untere Preisgrenze festgesetzt. Ist diese erreicht, wird die Versteigerung unterbrochen und die Ware zurückgezogen (meist wird sie dann in die Bundesländer transportiert).

Preise für Obst, Gemüse und Kartoffeln in Wien¹⁾

Art	1937	Ende Juni		1951	1951 ²⁾ in % von	
		1950	1951		1937	1950
Grosschen je kg oder Stück						
Obst						
Kirschen	50—150	160—400	300—600	450'0	160'7	
Ananas	68—120	480—600	600—680	680'9	123'1	
Heidelbeeren	58—120	300—400	500—720	685'4	174'3	
Zitronen, Stück	10— 16	80—150	120—160	1.076'9	121'7	
Gemüse						
Grundsalat, Stück ...	5— 7	30— 45	40— 60	833'3	131'6	
Kartoffel, Stück	10— 70	40—100	70—160	287'5	164'3	
Blätterspinat	40— 60	120—180	300—400	700'0	233'3	
Gurken	70—110	400—500	500—600	611'1	122'2	
Erbsen	40— 45	120—200	200—280	558'1	150'0	
Zwiebeln	38— 40	250—320	200—420	794'8	108'8	
Kartoffeln						
Alte	22— 28	80— 90	85—100	372'0	109'4	
Heurige	25— 52	180—220	240—260	625'0	125'0	

¹⁾ Nach den Berichten des Marktamtes der Stadt Wien. Häufigste Verbraucherpreise. — ²⁾ Berechnet aus dem Durchschnitt zwischen oberer und unterer Preisgrenze.

rig gehalten und versteckte Preiserhöhungen werden vielfach noch durch Kopplungsverkäufe²⁾ erzielt. Außerdem hat heute der Kleinhandel weniger als vor dem Krieg die Möglichkeit direkt vom Produzenten zu kaufen. Allerdings sind die Preise Mitte Juli dank höherer Zufuhren wieder allgemein gesunken und lagen nur wenig über, vielfach bereits unter den Preisen des Vorjahres³⁾.

Die Fleischversorgung war in den letzten Monaten wiederholt gestört. Anfang November vorigen Jahres, als der allgemeine Preisauftrieb auch ein Steigen der Fleischpreise befürchten ließ, waren die Preise für Vieh und Fleisch auf den Stand der Notierungen der Woche vom 18. bis 24. September 1950 gestoppt worden. Diese Preise waren wegen des damals relativ hohen Angebotes [insbesondere von Rind- und Kalbfleisch⁴⁾] ziemlich niedrig. Da seit dem Frühjahr jedoch die Auslandspreise stark gestiegen waren (sie lagen für Rinder z. T. um 50 % über den inländischen Stoppreisen), blieben seit Ende 1950 die Einfuhren von Rindern, seit Juni auch die von Schweinen nahezu ganz aus⁵⁾. Gleichzeitig stieg

²⁾ Diese Methode wirkt deshalb preiserhöhend, weil die Koppelware meist schwer oder gar nicht absetzbar ist und ihr Preis daher vom Einzelhandel mindestens zum Teil anderen gängigen Waren zugeschlagen wird.

³⁾ Außerdem hatten die Arbeiterkammer und die Wiener Marktamtstsdirektion Ende Juni durch Verhandlungen mit Produzenten und Händlern eine Preissenkungsaktion eingeleitet.

⁴⁾ In der Woche vom 18. bis 24. September 1950 erreichten in Wien die erfaßten Zufuhren von Rindern 93 %, von Kälbern 60 %, von Schweinen 36 % und von Fleisch aller Art 93 % des Wochendurchschnitts 1937, gegenüber nur 74 %, 48 %, 40 % und 92 % im Wochendurchschnitt 1950.

⁵⁾ Für das Wirtschaftsjahr 1950/51 wurde der Import von 22.000 t Fleisch vorgesehen. Dieser Importplan konnte bisher nur zu etwa einem Drittel erfüllt werden. Neben den hohen Importpreisen war auch die geringe Lieferfähigkeit der osteuropäischen Länder daran schuld.

der Anreiz zu Vieh- und Fleischausfuhren¹⁾. Die schon seit dem 2. Halbjahr 1950 steigenden Fleischexporte nahmen seit März 1951 (bei sinkenden Einfuhren) zu. Insbesondere die Ausfuhr von Fleisch und Fleischwaren (vorwiegend nach Italien, Westdeutschland und der Schweiz) erreichte seither mit durchschnittlich 7.200 q im Monat ein Vielfaches von 1937 (375 q). Da gleichzeitig die Einfuhr rapid abnahm, hatte Österreich von März bis Mai 1951 einen Ausfuhrüberschuß in Fleisch von durchschnittlich 6.400 q im Monat (über die Hälfte des Wochenverbrauches in Wien i. J. 1950). Die Ausfuhr von lebenden Tieren²⁾ betrug von März bis Mai 1951 im Monatsdurchschnitt schon 76 % von 1950 und 48 % von 1937, die Einfuhr dagegen erst 41 % und 7 %.

Außenhandel mit Vieh und Fleisch¹⁾

Zeit	Lebende Tiere ²⁾		Fleisch ³⁾ u. Fleischwaren			
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr- (+) bzw. Ausfuhr-überschuß (-)	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr- (+) bzw. Ausfuhr-überschuß (-)
	in Zentner					
ø 1937	72.610	8.190	+64.420	9.545	37½	+ 9.170
ø 1950	12.705	5.109	+ 7.596	5.252	434	+ 4.818
1951 I.	10.524	1.243	+ 9.281	2.188	587	+ 1.601
II.	11.889	1.177	+10.712	1.625	427	+ 1.198
III.	5.608	2.800	+ 2.808	1.496	3.789	- 2.293
IV.	7.320	4.582	+ 2.738	1.014	11.139	-10.125
V.	2.599	4.295	- 1.696	83	6.787	- 6.704
ø I.-V.	7.588	2.819	+ 4.769	1.281	4.546	- 3.265
in % von						
ø 1937	10'5	34'4		13'4	1.212'3	

¹⁾Nach den Angaben des Statistischen Zentralamtes. — ²⁾Vorwiegend für Ernährung. — ³⁾Fleisch frisch, gekühlt oder gefroren, getrocknet, gesalzen, geräuchert und in Dosen.

Gleichzeitig stieg die Nachfrage nach Rind- und Kalbfleisch saisonbedingt, so daß die Produzenten trotz Preisstop ihre Preisforderungen erhöhen konnten.

Von Anfang März bis Anfang Juni sind z. B. in Oberösterreich die Hofpreise für Rinder und Kälber (insbesondere bei Qualitätsware) um durchschnittlich S 1'— je kg gestiegen. Die Preise der Stopwoche wurden

¹⁾Nach der Außenhandelsstatistik sind allerdings die durchschnittlichen Ausführpreise sowohl bei Fleisch als auch bei lebenden Tieren niedriger als die Einfuhrpreise und als die im Inland erzielten Preise. So wurde von Jänner bis Mai 1951 für Fleisch und Fleischwaren ein durchschnittlicher Ausführpreis von S 8'— je kg erzielt, bei der Einfuhr jedoch S 11'— je kg bezahlt. Der gestoppte Großhandelspreis für Rindfleisch lag im Inland je nach Qualität zwischen S 9'— und S 12'— je kg, für Kalbfleisch zwischen S 11'— und S 14'— je kg. In der gleichen Zeit betrug der Durchschnittspreis für lebende Tiere bei der Einfuhr S 9'60 je kg, bei der Ausfuhr nur S 8'— je kg. Neben der nach Art und Qualität unterschiedlichen Zusammensetzung der Ein- und Ausfuhr sind die niedrigen Ausführpreise offenbar auch der ungenauen Fakturierung der Exporte zuzuschreiben.

²⁾In der Ausfuhr von lebenden Tieren sind allerdings auch die Exporte von Nutz- und Zuchtvieh enthalten, da die monatliche Außenhandelsstatistik keine Aufgliederung nach Schlachtvieh, Zucht- und Nutztvieh enthält.

um 10 bis 20 % überschritten. Der Wiener Markt, der infolge der wachsenden Direktbezüge und der beginnenden Fremdenverkehrssaison besonders schlecht beliefert wurde³⁾, umging den Preisstop durch das nicht fakturierte Aufgeld (von S 1'— bis 3'— je kg, d. s. etwa 20 bis 30 % der Stopppreise). Als sich die Versorgung zunehmend verschlechterte, entschloß sich das Wiener Marktamt Mitte Juni die Preiserhöhung für Rinder durch die Gewährung von Saisonzuschlägen zu legalisieren⁴⁾. Damit wurden die Rinderpreise praktisch wieder freigegeben, da die Zuschläge nicht fixiert wurden. Bei Kälbern erübrigte sich eine Neuregelung, weil das Angebot bei sinkender Nachfrage wieder etwas zunahm.

Wöchentliche Anlieferungen von Schlachtvieh und Fleisch nach Wien¹⁾

Zeit	Rinder ²⁾		Schweine ³⁾		Kälber ⁴⁾	Fleisch ⁴⁾
	Insges.	davon Ausland	Insges.	davon Ausland	Insges.	Insges.
	in Stück					
ø 1937	1.643	260	18.282	7.684	5.236	1.255
1950 IX.	1.531	102	6.647	1.027	3.119	1.169
1951 IV.	1.422	—	10.662	835	2.468	1.676
V.	1.366	—	10.680	255	2.264	1.314
VI.	1.092	—	8.850	10	2.620	891
ø IV.-VI.	1.293	—	10.064	367	2.451	1.294
in % von						
1950 IX.	84'5	—	151'4	35'7	78'6	110'7

¹⁾Nach den Berichten des Marktamtes der Stadt Wien. — ²⁾Auftrieb auf dem Zentralviehmarkt und Außermarktverkehr. — ³⁾Anlieferungen auf den Zentralviehmarkt, in die Kontumazanlage sowie Außermarktverkehr und Zufuhren in die Großmarkthalle, sofern sie nicht bereits auf dem Zentralviehmarkt erfaßt wurden. — ⁴⁾Zufuhren von Rind-, Kalb-, Schweinefleisch, Würsten und Selchwaren in die Großmarkthalle, sofern sie nicht bereits auf dem Zentralviehmarkt erfaßt wurden. — ⁵⁾Woche vom 18.—24. IX. 1950, deren Preise Anfang November 1950 als Stopppreise erklärt wurden.

Im Detailhandel versuchte man die steigenden Einkaufspreise zunächst dadurch zu decken, daß man zu den Höchstpreisen der Stopwoche verkaufte. Als man jedoch auch damit das Auslangen nicht fand, überschritten einzelne Fleischhauer stillschweigend die Stopppreise, während andere die Versorgung ihrer Kundschaft mit Rindfleisch ablehnten. Ende Juni, nachdem sich die Fleischhauer dem Lohnstreik der Fleischereiarbeiter angeschlossen hatten, mußten daher auch die Verbraucherpreise für Rindfleisch neu geregelt werden: die Stopppreise wurden allgemein um S 2'— je kg erhöht und der Preis der „Gustostücke“ freigegeben. Auch die Wurstpreise durften entsprechend der Verteuerung von Rindfleisch erhöht werden. Dadurch sind die Preise für Rindfleisch und Würste seit Anfang des Jahres um durchschnittlich S 5'— je kg (25 bis 30 %) gestiegen. War schon bisher eine rigorose Kontrolle des Preisstops wegen der großen Preisunterschiede kaum durchführbar, so kommt die neue Regelung der Verbraucherpreise einer weitgehenden Aufhebung der Preisbindung gleich.

Nach der Erhöhung der Rindfleischpreise besserte sich die Versorgung Wiens sprunghaft. Importe waren wieder möglich (Anfang Juli kamen die ersten Lieferungen aus den mit Dänemark und Irland abgeschlossenen Importen von insgesamt 2.800 Rindern) und die An-

³⁾Nach Wien wurden im April noch über 1.400 Rinder wöchentlich geliefert, im Juni nur kaum 1.100 (ein Großteil davon im Außermarktverkehr).

⁴⁾Einige Bundesländer folgten der Wiener Regelung. Da das Angebot in jene Gebiete strömte, die die Preise erhöht haben, verstärkte sich der Mangel vorübergehend in anderen Bundesländern (insbesondere Oberösterreich).

lieferungen aus dem Inland nahmen rasch zu. Zwar haben die hohen Importpreise (S 11'— bis S 13'— je kg Lebendgewicht) das gesamte Preisniveau zunächst weiter erhöht, doch gaben nach Monatsmitte die Preise bei steigendem Angebot und abnehmender Nachfrage (Urlaube) wieder nach und sanken (vereinzelt bereits unter die neuen Höchstpreise).

Anfang Juli traten auch bei Schweinefleisch Versorgungsschwierigkeiten auf. Die Einfuhren blieben, nachdem sie schon in den letzten Monaten ständig abgenommen hatten, gänzlich aus¹⁾. Da auch das inländische Angebot knapp war und die Direktbezüge zunahmen, wurde der Markt sehr schlecht beschickt und die Preise, die schon im Juni die Obergrenze der Stopppreise erreichten, mittels Aufgeld (S 1'— bis 2'— je kg) hinaufgesetzt. Ein Kaufstreik der Fleischhauer, der diese Manipulationen verhindern sollte, schlug fehl. Im Detailhandel war Schweinefleisch nicht oder zu illegal erhöhten Preisen zu haben. Zweifellos würde auch hier eine freiere Neuregelung der Preise die Versorgung erleichtern; eine entscheidende Besserung ist jedoch in den Sommermonaten ohne Importe kaum möglich²⁾.

Die Erfahrungen der letzten Monate zeigen, daß die Fleischversorgung der Konsumzentren auf die Dauer nur durch einen völlig freien Markt oder eine straffe Bewirtschaftung gesichert werden kann. Teilweise Bindungen (freie Aufbringung bei Preisregelung) müssen zwangsläufig zu Störungen führen, insbesondere wenn auch die Importe ihre ausgleichende Wirkung versagen. Freilich hätte man die Importe vorübergehend bis auf das Niveau der Stopppreise subventionieren können (Schätzungen von Fachleuten zufolge hätte man hierfür in drei Monaten höchstens 7 Mill. S benötigt); eine anhaltende Sicherung der Versorgung wäre aber auch davon nicht zu erwarten gewesen, da die Einfuhrmöglichkeiten wegen eigener Devisenknappheit und wegen der Lieferunfähigkeit der Bezugsländer begrenzt sind. Wenn man nicht zu dem Kontingentierungs- und Rationierungssystem der ersten Nachkriegsjahre zurückkehren will, dürfte nur ein freier Vieh- und Fleischmarkt mit ausreichenden Importen (und Verhinderung übermäßiger Exporte) eine gleichmäßige Versorgung sichern.

Voraussichtliche Auswirkungen der Preis- erhöhungen auf den Nahrungsmittelkonsum

Trotz weitgehender Kompensation auf der Einkommenseite werden die ab 16. Juli 1951 erhöhten Lebensmittelpreise den Verbrauch der Haushalte stärker beeinflussen. Infolge der z. T. erheblich veränderten Preis-

¹⁾ Im Mai wurden im Wochendurchschnitt noch 255 ausländische Schweine nach Wien geliefert, im Juni nur 10, in der ersten Julihälfte keine.

²⁾ Mitte Juli wurden mit Dänemark Verhandlungen über die Einfuhr von 4.400 t Schweinefleisch aufgenommen. Der Preis dieser Importe dürfte ungefähr dem Inlandspreis entsprechen.

relationen zwischen den Nahrungsmitteln werden die Konsumenten je nach der Elastizität ihrer Nachfrage verschieden stark auf die billigeren Nahrungsmittel auszuweichen versuchen.

Die Verteuerung der *Getreideprodukte* wird insbesondere die Nachfrage nach Weißgebäck vermindern, da sie unter allen Getreideprodukten am elastischsten ist. Nach Überwindung der ersten Schockwirkung³⁾ dürfte der Konsum jedoch weniger stark zurückgehen als seit Oktober 1950⁴⁾, einmal, weil die Preiserhöhung für Semmeln diesmal geringer (45% gegenüber 59%) war als für Brot (50%, im Oktober 1950 26%), zum anderen, weil das Konsumniveau an sich schon niedriger ist. Auch der Ersatz von Weiß- durch Schwarzbrot dürfte geringer als nach dem vierten Preis-Lohn-Abkommen sein, da sich Schwarzbrot diesmal stärker verteuert hat. Die Konsumenten werden dagegen mehr auf Obst, Gemüse und Kartoffeln ausweichen, deren Preise derzeit saisonbedingt fallen. Diese Verbrauchsverlagerung dürfte auch weiterhin anhalten, da sich durch die letzten Preiserhöhungen das bisher überhöhte Niveau der Obst- und Gemüsepreise weitgehend dem der übrigen Nahrungsmittel angeglichen hat. Der Absatz von Mehl, Grieß und Teigwaren wird zunächst zurückgehen, weil viele Konsumenten auf Vorrat gekauft haben. Später dürfte die Nachfrage wegen der geringen Elastizität des Bedarfes freilich wieder auf das alte Niveau zurückkehren.

Ein Rückgang der Nachfrage nach *Milch* ist trotz der beachtlichen Preiserhöhung (um 46%) nicht zu befürchten, da der Trinkmilchkonsum vor allem wegen der geringen Elastizität des Verbrauches der Kinder im allgemeinen wenig auf Preis- und Einkommensveränderungen reagiert⁵⁾. Überdies ist das bisher erreichte Verbrauchsniveau noch so niedrig (je Kopf der Nichtselbstversorger im Jahre 1950 73%, im Durchschnitt der ersten fünf Monate 1951 72% von 1937) und Milch immer noch das weitaus billigste tierische Nahrungsmittel⁶⁾, so daß die von der Preiserhöhung erwartete Zunahme des Trinkmilchangebotes⁷⁾ Absatz finden wird.

³⁾ Bekanntlich verminderte sich nach dem vierten Preis-Lohn-Abkommen der Verbrauch von Weißgebäck zunächst sehr stark (um etwa 30%), erholte sich jedoch später wieder.

⁴⁾ Nach den vorhandenen Statistiken war der Verbrauch von Weißgebäck in der Zeit von Oktober 1950 bis Juni 1951 im Monatsdurchschnitt um etwa 15 bis 20% geringer als vorher. (Siehe auch Nr. 6 der Monatsberichte, Jg. 1951, S. 296.)

⁵⁾ Untersuchungen ergaben, daß der Elastizitätskoeffizient des Trinkmilchkonsums je nach Einkommenshöhe zwischen 0,2 bis 0,6 schwankt. (Siehe hierzu *Hans-Jürgen Metzdorf*: Bestimmungsgründe des Trinkmilchverbrauches, in Heft für landwirtschaftliche Marktforschung Nr. 5, Berlin-Hamburg 1951.)

⁶⁾ Bezogen auf den Kaloriengehalt ist Milch nur etwa ein Drittel so teuer wie Fleisch und ein Viertel so teuer wie Eier. Ähnlich, wenn auch geringer, ist der Preisvorteil der Milch bezogen auf den Eiweißgehalt.

⁷⁾ Bisher hat sich allerdings das Trinkmilchangebot nicht entscheidend gebessert. Abgesehen vom höheren Verbrauch in den bäuerlichen Haushalten zur Zeit der Ernte und der anhaltenden Ab-Hof-Verkäufe zu Überpreisen (2 S je Liter), besteht bei den derzeitigen Preisen immer noch ein Anreiz zur Verfütterung von Milch. (Siehe auch Nr. 4 der Monatsberichte, Jg. 1951, S. 201 ff. („Zum Problem des Milchpreises“).)

Die besonders starke Verteuerung der Butter (um 60%) wird vor allem bei den unteren Einkommensgruppen nachhaltige Verschiebungen in der Struktur des Fettverbrauches auslösen, insbesondere weil der Schmalzpreis gleichgeblieben ist und die einzelnen Fettarten leicht substituierbar sind. Während vor dem 5. Preis-Lohn-Abkommen Butter nur um 38% teurer als das — auch frei verkaufte — Importschmalz war, ist sie derzeit mehr als doppelt so teuer. Auch das inländische Hausschmalz ist um die Hälfte billiger als Butter. Der erwarteten Konsumverschiebung sind freilich dadurch Grenzen gesetzt, daß das Angebot (aber auch der Preis) von Importschmalz kaum steigen wird und die inländischen Schmalz- bzw. Speckpreise als Folge der jüngsten Entwicklung auf den Schweinemärkten (siehe Abschnitt Ernährung in diesem Heft) und der größeren Nachfrage aber anziehen dürften. Im ganzen ist jedoch mit einem Rückgang der Nachfrage nach Butter oder mit Absatzschwierigkeiten einer eventuell zunehmenden Produktion¹⁾ nicht zu rechnen, da der Konsum der kaufkräftigeren Verbraucherschichten noch stark steigerungsfähig ist. (Je Kopf der Bevölkerung wurden im Jahre 1950 durchschnittlich 87%, in den letzten Monaten nur 63% von 1937 verbraucht.) Eine stärkere Substitution von Butter durch die relativ wenig verteuerte Margarine oder Kunstspeisefett ist zur Zeit wegen der Bewirtschaftung dieser Fettarten nicht zu erwarten.

Verbraucherpreise einzelner Fettarten in Wien¹⁾

	März 1938		Vor dem 5. Preis-Lohn-Abkommen		Nach dem 5. Preis-Lohn-Abkommen	
	S je kg	% ²⁾	S je kg	%	S je kg	%
Schmalz	2'40—2'80	100'0	16'—	100'0	16'—	100'0
Speiseöl	1'20—2'40	69'2	8'—	50'0	11'—	68'8
Margarine	1'20—1'80	57'7	8'50	53'1	10'40	65'0
Teabutter	4'40—5'20	184'6	22'—	137'5	35'20	220'0

¹⁾ Nach den Berichten des Marktamtes der Stadt Wien. — ²⁾ Berechnet aus dem Durchschnitt zwischen oberer und unterer Preisgrenze.

Der unmittelbare Zuckerkonsum wird durch die Preiserhöhung kaum berührt werden, einmal weil die Verteuerung relativ gering ist [17 bis 18% je nach Sorte²⁾] und die legalen Preise noch immer unter den bisherigen freien liegen, zum anderen, weil auch der Zuckerbedarf wenig elastisch ist. Dagegen ist mit einem anhaltenden Rückgang des derzeit ziemlich hohen Verbrauches von Zucker-, Schokolade- und Konditoreiwaren zu rechnen³⁾.

¹⁾ Bisher hat sich das Butterangebot nur geringfügig gebessert. Offenbar ist der Preisanreiz noch immer zu gering. (Eine Fetteinheit ist in Form von Butter noch immer um 20% billiger als beim Absatz von Trinkmilch.) Butter wird daher vorwiegend weiterhin zu freien Preisen angeboten, die auf über 40 S je kg gestiegen sind. Da die Preise für Importbutter bereits unter den freien inländischen liegen, würden größere Importe, die unmittelbar dem Konsum zugeführt werden, die Versorgung erleichtern.

²⁾ War schon bisher Zucker gemessen am Kaloriengehalt eines der billigsten Lebensmittel (es steht nach Schwarzbrot, Mehl und Kartoffeln an vierter Stelle), ist er derzeit relativ noch billiger geworden.

³⁾ Die Verteuerung der Preise für Zucker-, Schokolade- und Konditoreiwaren ist allerdings nicht durch die höheren Zuckerpreise bedingt, da sie schon bisher aus teurerem Importzucker erzeugt wurden, sondern durch die Preiserhöhung der übrigen verarbeiteten Waren und die höheren Löhne.

Im ganzen wird der Zuckerverbrauch dadurch etwas zurückgehen.

Land- und Forstwirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 375

Im Osten Österreichs wurde der *Getreideschnitt* größtenteils im Juli beendet. Die Arbeiten waren heuer nicht nur durch den Mangel an Arbeitskräften behindert — für die Ernte 1951⁴⁾ standen um 10.301 oder 5% weniger Landarbeiter als im Vorjahr zur Verfügung —, sondern auch durch die fast gleichzeitige Reife von Winterroggen, Winterweizen und Sommergerste sowie durch zahlreiche schwere Gewitterregen, die die Halme zu Boden schlugen. Infolge Überreife der Ähren und schwieriger Maschinen- und Handmäh waren die Ernteverluste ziemlich groß. Die ersten Druschergebnisse zeigen jedenfalls, daß die Flächenerträge bei Roggen, Weizen und Gerste kaum höher sind als im Vorjahr. Leider sind heuer auch die totalen Ernteauffälle durch Unwetterkatastrophen nicht unbedeutend. Hafer wird dagegen einen sehr guten Ertrag geben.

Körnermais entwickelte sich bisher schlecht. Auch die *Weinernte* dürfte kaum an die der letzten Jahre heranreichen, da Blätter und Traubenbehang durch Pilzbefall stark gelitten haben. *Feldgemüse* und *Kartoffeln* versprechen ähnlich gute Erträge wie im Vorjahr. *Zuckerrüben* stehen zuweilen lückig; der hohe Flächenertrag vom Vorjahr dürfte heuer kaum erreicht werden, doch könnte ein trockener und warmer Herbst die Entwicklung noch günstig beeinflussen. Nach den mengenmäßig überaus guten Ernten an Klee- und Wiesenheu, die freilich qualitativ weniger befriedigen, sind heuer noch einige gute *Luzerneschnitte*, ein ausgiebiger zweiter *Rotklee*schnitt sowie eine gute *Grummeternte* zu erwarten, so daß im kommenden Winter bedeutend größere *Rauhfuttermittel*vorräte als im letzten Winter zur Verfügung stehen werden. Damit sind auch die Voraussetzungen für eine Steigerung der Milchproduktion und für einen weiteren Aufbau der Rinderbestände gegeben.

Aber nicht nur die Produktion, sondern auch die *Ablieferung von Milch* an die Molkereien und damit die Versorgung der Bevölkerung mit Milch und Milchprodukten wird sich wieder bessern, und zwar nicht allein auf Grund des höheren Milchpreises. Da man außer ausländischen Futtermais neuerdings auch *Ölkuchen*, die seit März zu den

⁴⁾ Der Stand der krankenversicherten Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft war Ende Juni 1950 224.497, 1951 214.196, 1937 (bei allerdings erheblich geringerer Maschinenausstattung) 293.503.

überhöhten Marktpreisen abgegeben wurden, um 50 % verbilligt der Landwirtschaft zur Verfügung stellt — die letzteren allerdings nur nach Maßgabe der jeweils an die Molkerei gelieferten Milchmenge — ist ein Anreiz gegeben, den Eigenverbrauch von Milch in den landwirtschaftlichen Betrieben zugunsten der Marktabgabe einzuschränken. Es ist vorgesehen, daß die Bezirksbauernkammern Futtermittelkarten ausgeben, die zum Kauf von verbilligtem Futtermais und — nach Eintragung der monatlich legal auf den Markt gebrachten Milchmenge — zum Bezug von verbilligten Ölkuchen berechtigen.

Umstrittene Fragen der österreichischen Holzwirtschaft

Nach den Angaben des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft erreichte der *Holzeinschlag* im I. Quartal des Kalenderjahres 1951 1'91 Mill. *fm* Derbholz (ohne Rinde). Die im Forstwirtschaftsjahr 1950 (1. April 1950 bis 31. März 1951) eingeschlagene Holzmenge betrug 9'54 Mill. *fm*, das sind 3% mehr als 1949, 10% mehr als 1948 und 1947 und 38% mehr als 1946. Während die Nutzholzmenge von 3'91 Mill. *fm* im Jahre 1946 auf 6'53 Mill. *fm* im Jahre 1950 oder um 67% stieg, betrug die Brennholzmenge jährlich etwa 3 Mill. *fm* — nur im Jahre 1947 wurden 4 Mill. *fm* Brennholz eingeschlagen —, so daß sich der Brennholzanteil von 43% auf 32% der Gesamtschlägerung verminderte.

Gesamter Holzeinschlag nach Forstwirtschaftsjahren¹⁾

Holzsorten	1946	Forstwirtschaftsjahre ²⁾				Durchschnitt 1946/50
		1947	1948	1949	1950	
Nutzholz	3.909'9	4.795'2	5.541'7	6.186'0	6.532'5	5.393'1
davon Laubholz	153'2	729'5	321'5	272'2	299'6	355'2
Nadelholz	3.756'7	4.065'7	5.220'2	5.913'8	6.232'9	5.037'9
Brennholz	2.992'6	3.910'1	3.148'3	3.044'5	3.006'6	3.220'4
davon Laubholz	1.047'4	963'0	863'8	909'6	939'8	944'7
Nadelholz	1.945'2	2.947'1	2.284'5	2.134'9	2.066'8	2.275'7
Nutz- und Brennholz	6.902'5	8.705'3	8.690'0	9.230'5	9.539'1	8.613'5
Einschlag je Hektar Waldfläche*) in <i>fm</i>	2'2	2'8	2'8	2'9	3'0	2'7

¹⁾ Nach den Angaben des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft. —
²⁾ Jeweils vom 1. April bis 31. März. — *) Waldfläche laut Forststatistik 1935 (3.139.080 *ha*).

Obwohl nur 83% der Waldflächen von Nadelwald eingenommen werden, wobei ein nicht unerheblicher Teil auf Schutz- und Bannwälder entfällt oder praktisch unproduktiv ist (Krummholzbestände), betrug der Anteil der Nadelholzsorten 87% der Gesamtschlägerungen. Da der Jahreszuwachs bei den Laubhölzern im allgemeinen größer ist, hätte man eher einen höheren Anfall von Laubholzsorten erwarten können. Dennoch kann man nicht mit Sicherheit sagen, die Einschlagstatistik zeige, daß die Na-

delholzbestände zu stark genutzt, die Laubholzbestände dagegen geschont würden. Zwar könnte dies durchaus der Fall sein, um so mehr als viele Laubwälder schon während des Krieges und nachher abgeholzt wurden, um Brennmaterial zu gewinnen. Vielfach wird aber auch vermutet, daß gerade der Einschlag von Laubholz zu niedrig ausgewiesen wird, zumal da ein erheblicher Teil als Brenn- und Zeugholz für den Eigenbedarf der bäuerlichen Waldbesitzer verwendet wird und als solcher statistisch nicht voll erfaßbar ist. Daß bei Nutzholz nur 5%, bei Brennholz dagegen 31% auf Laubholzsorten entfallen, ist auf die geringe Nutzholzausbeute bei den Laubhölzern zurückzuführen.

Je Hektar Waldfläche wurden zuletzt durchschnittlich 3 *fm* Holz eingeschlagen. Allgemein behauptet man, daß diese Entnahme den gegenwärtigen Holzzuwachs übersteige, doch ist dieser nicht genau bekannt. (Im Jahre 1900 wurde für das jetzige Bundesgebiet Österreich der Holzzuwachs auf durchschnittlich 3 *fm* je *ha* Waldfläche geschätzt, im Jahre 1935 auf 2'95 *fm*.) Leider ist die vorgesehene Waldbestandsaufnahme, die allein Klarheit über die vorhandene Holzsubstanz schaffen könnte, praktisch noch immer nicht angelaufen. Es fällt jedenfalls auf, daß 42% (im Jahre 1949 38%) der geschlägerten Holzmasse oder 3'73 *fm* je *ha* (3'26) im Privatwald unter 50 *ha* geerntet wurden, obwohl sein flächenmäßiger Anteil nur 34% beträgt und sein Zuwachs zweifellos bedeutend niedriger als in den eingerichteten Großforsten ist. Der geringe Hiebsatz im Körperschaftswald (1'35 *fm* je *ha*) geht auf die geringe Leistungsfähigkeit dieser Holzflächen zurück¹⁾.

Holzeinschlag nach Waldbesitzkategorien, in Relation zur Waldfläche¹⁾

Art	Körperschaftswald				Privatwald			
	Staatswald		wald		über 50 <i>ha</i>		unter 50 <i>ha</i>	
Waldfläche	1949	1950	1949	1950	1949	1950	1949	1950
Waldfläche	15'00		17'73		33'01		34'26	
Holzeinschlag	16'68	15'06	9'38	7'89	36'00	34'97	37'94	42'08
Festmeter je <i>ha</i>	3'28	3'05	1'89	1'35	2'93	3'22	3'26	3'73
davon Oberösterreich	3'50	4'55	0'85	1'15	3'35	3'39	4'03	5'22
Kärnten	4'20	3'66	1'49	0'58	3'03	3'15	4'67	5'18

¹⁾ Nach Angaben des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft; Waldfläche laut Forststatistik 1935, Holzeinschlag nach Forstwirtschaftsjahren (1. April bis 31. März).

Steiermark lieferte mit 24% (26% im Jahre 1949) den absolut größten Holzanteil; es folgten Oberösterreich und Niederösterreich mit je 18% (17%,

¹⁾ Ebenso wie in der Landwirtschaft (Allmenden, Gemeinschaftsweiden) werden auch in der Forstwirtschaft die im gemeinsamen Eigentum mehrerer Besitzer oder der Gemeinden stehenden Kulturfächen zumeist nur „genutzt“, selten jedoch entsprechend betreut. Die Folgen sind äußerst niedrige Erträge.

20%) und Kärnten mit 17% (17%). Relativ, gemessen an der Waldfläche, steuerten Oberösterreich mit 18% und Kärnten mit 17% bei einem Waldanteil von nur je 13% das meiste Holz bei. Der hohe Hiebsatz in Oberösterreich und Kärnten ist vorwiegend auf die massiven Überschlagerungen im kleinbäuerlichen Waldbesitz zurückzuführen. So wurden je Hektar der entsprechenden Waldfläche im oberösterreichischen Privatwald unter 50 ha im Jahre 1949 4'03 fm und im Jahre 1950 5'22 fm Holz genutzt, im Kärntner Privatwald unter 50 ha im Jahre 1948 3'74, im Jahre 1949 4'67 und im Jahre 1950 5'18 fm. Nur im kleinbäuerlichen Wald von Vorarlberg und Tirol war der Einschlag mit 4'62 und 4'05 fm je ha ähnlich hoch, in den übrigen Bundesländern jedoch zum Teil erheblich niedriger. Es ist zu erwarten, daß sich die jüngsten Preiserhöhungen für Milch und Vieh auf die Einkommenslage der Gebirgsbauern entsprechend günstig auswirken werden, so daß der Raubbau an der Holzsubstanz gestoppt werden kann.

Trotz höheren Holzeinschlägen ging die Erzeugung von *Fichtengerbrinde* infolge niedriger Preise von 17.686 t im Jahre 1947 auf 8.312 t im Jahre 1950 oder um 53% zurück. Da sich die importierten Gerbstoffe stark verteuerten, setzte man vor kurzem höhere Preise für heimische Gerbrinde fest, um die Produktion wieder anzuregen und den Bedarf überwiegend aus der Inlandserzeugung zu decken.

Im ersten Halbjahr 1951 erreichte der Export von *Nadelschnittholz*, einschließlich Holzhäuser, Kisten und Obststeigen, 1'28 Mill. m³ gegen 1'10 Mill. m³ im 1. Halbjahr 1950, der von *Faserplatten* 1'82 Mill. m² (0'95 Mill. m²), von *Grubenholz* 35.052 fm (39.324 fm) und von *Laubschnittholz* 21.366 m³ (5.421 m³). Die Exporte von Fertigwaren, wie Holzhäuser, Kisten und Obststeigen, dagegen waren um 72% und 45% niedriger als im Jahre 1950.

Ausfuhr von Holz und Holzwaren im 1. Halbjahr 1950 und 1951¹⁾

Sortiment	1. Halbjahr 1950		1951		1951 in % von 1950
	in Waggons zu 10 t	in m ³	in Waggons zu 10 t	in m ³	
Nadelschnittholz	55,152	1,050,980	71,724	1,263,869	120'3
Holzhäuser	1,218	29,459	386	8,202	27'8
Kisten und Obststeigen	943	18,850	544	10,420	55'3
<i>Nadelschnittholz insgesamt</i> ..	<i>57,313</i>	<i>1,099,289</i>	<i>72,654</i>	<i>1,282,491</i>	<i>116'7</i>
Laubschnittholz	514	5,421	2,104	21,366	394'1
Grubenholz	2,650	39,324 ²⁾	2,498	35,052 ²⁾	89'1
Hartfaserplatten	8	21,484 ³⁾	81	196,893 ³⁾	916'5
Holzfaserbau- und Isolierplatten	257	929,570 ³⁾	412	1,619,349 ³⁾	174'2

¹⁾ Nach Angaben des Bundesholzwirtschaftsrates. — ²⁾ fm. — ³⁾ m³.

In der Frage der Holz Ausfuhr haben sich die Differenzen zwischen Holzhandel und inländischen Holzverbrauchern in den letzten Monaten sehr ver-

schärft. Da fast 60% der im ersten Halbjahr 1951 exportierten Holzmengen auf Lizenzen des Vorjahres zurückgehen, für die keine Kontrollscheine beizubringen waren, konnte die beabsichtigte Lenkung der Ausfuhr mit Hilfe des Kontrollsystems bisher nicht wirksam werden¹⁾. In der letzten Zeit lehnte man daher viele Exportanträge ab, um die Exporte zu drosseln, die stark gestiegenen Rohholzpreise im Inland zu drücken und so die Holzversorgung und Beschäftigung der Holzverarbeitenden Industrien zu sichern. Doch war auch diese Maßnahme infolge des Überhanges an Exportlizenzen aus dem Jahre 1950 bisher wenig wirksam; im 1. Halbjahr 1951 wurde kaum die Hälfte der ausgegebenen Lizenzen ausgenutzt.

Da nach den Angaben des Bundesholzwirtschaftsrates große Rund- und Schnittholzvorräte auf Lager liegen, soll der Holzexport im zweiten Halbjahr noch forciert werden. Obwohl die interessierten Kreise eine höhere Exportquote forderten, beschloß das Wirtschaftsdirektorium nur eine Ausfuhr von 1'40 Mill. fm Nadelschnittholz zuzulassen. Unter der Annahme, daß dieses Quantum Nadelschnittholz tatsächlich ausgeführt wird und der Export von Grubenholz und Laubschnittholz sich auf der Höhe des ersten Halbjahres hält, würde im Jahre 1951 immerhin eine um 13% größere Holzmenge — auf Rundholz bezogen²⁾ — exportiert werden als im Jahre 1937. Diese Ausfuhr würde — nach den offiziellen Angaben — 45% der im Forstwirtschaftsjahr 1950 gefällten Holzmenge betragen oder 63% des kommerziellen Holzeinschlages.

Die stürmische Auslandsnachfrage hat die Holzpreise im Inland trotz Einführung des Kontrollsystems stark in die Höhe getrieben. So wurde für Säge-Rundholz bereits mehr als das Doppelte, für Schleifholz 188% und für Schnittholz 182% der Julipreise 1950 bezahlt. Sie haben mehr als das Fünzfache, Zwölfache und Achtfache der Preise von 1937 erreicht. Während aber die Preise für Rundholz (Schleifholz, Grubenholz und Sägebloche) vielfach noch anziehen, zumindest aber die erreichten Höchstwerte halten — die Konkurrenz zwischen Sägeindustrie, Papierindustrie und Bergbau um das Rundholz spielt dabei eine besondere Rolle —, sind die Preise für Schnittholz (nach den amtlichen Notierungen) seit April wieder um 9% zurückgegangen.

¹⁾ Dementsprechend gering war auch die Nachfrage nach Kontrollscheinen; ihr Kurs sank im Juli bis auf S 110'—.

²⁾ 1 m³ Schnittholz entspricht 1'54 fm Rundholz. Die Holz Ausfuhr von 1937 entsprach 3'8 Mill. fm Rundholz; für das Jahr 1951 würde der Export unter den obigen Annahmen einer Menge von 4'3 Mill. fm Rundholz entsprechen.

billigen Sommertextilien, während sich der Absatz von Schuhen nur mäßig erhöhte. Im Fachhandel gingen die Schuhverkäufe, die im Mai sehr gut waren, im Juni sogar um 3% zurück.

Der Umsatz im Lebensmittelhandel stieg im Juni um 10%, allerdings vorwiegend wegen der größeren Zahl von Verkaufstagen; die Steigerung war gegen Juni 1950 sogar um 41% höher, wobei aber nur ein Teil dieser Steigerung auf Preiserhöhungen¹⁾ zurückgeht.

Die Eingänge an Umsatzsteuer nahmen im Juni um 7% ab, waren aber noch immer um 34% höher als im Juni 1950. Die Einnahmen aus Verbrauchssteuern dagegen erhöhten sich abermals um 15% auf 141 Mill. S und erreichten damit den bisher höchsten Stand dieses Jahres. Neben der Tabaksteuer (+ 16%) brachten auch Zucker- und Weinsteuer (+ 15% und + 8%) mehr ein als im Vormonat.

Der Ertrag der Biersteuer dagegen sank trotz fortschreitender Saison um 8% und war um 20% geringer als im Juni 1950. Bei steigenden Bierpreisen (von Jänner bis Ende Juli 1951 wurde der Bierpreis um 29% erhöht) und fallenden Weinpreisen (von Ende 1950 bis Mitte 1951 sind die Weinpreise um etwa 25% gefallen) scheint es, daß die Konsumenten den Verbrauch von Bier zugunsten des Weines einschränken. Im Vergleich zur Vorkriegszeit ist aber Bier noch immer erheblich billiger als Wein geblieben²⁾. Auch der Bierausstoß sank im Mai erstmalig (um 15%) unter den Stand von 1950. Die nächsten Monate werden zeigen, ob die Konsumverschiebung anhält oder ob sie nur auf das kühle Frühjahrswetter zurückzuführen war.

Ausstoß der österreichischen Brauereien¹⁾

Monat	1950	1951	1951 in % von 1950
I.	120.051	187.447	156'1
II.	132.435	131.205	99'1
III.	179.684	176.166	98'0
IV.	203.914	212.129	104'0
V.	294.773	250.561	85'0
Ø I.-V.	186.171	191.502	102'9

¹⁾ Nach Angaben des Fachverbandes der Brauereien.

Gegenwärtiger Stand der Hausrathilfe

Die Hausrathilfe für Bombengeschädigte³⁾, die durch das Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz vom 16. Juni 1948 ins Leben gerufen wurde, konnte in diesem Jahr dank der

¹⁾ Nach dem Lebenshaltungskostenindex des Institutes sind die Preise für Nahrungs- und Genußmittel von Juni 1950 bis Juni 1951 um 15% gestiegen.

²⁾ Ende Juli 1951 betrug der Index der Verbraucherpreise für Faßbier 394, für Wein jedoch 667 (März 1938 = 100).

³⁾ Siehe auch Jg. 1949 der Monatsberichte, Nr. 7, S. 273, Nr. 10, S. 409 und Nr. 12, S. 513.

besseren Dotierung des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds⁴⁾ wieder etwas vergrößert werden. Während im Jahre 1949 3.126 Kredite mit einem Wert von 18'8 Mill. S und im Jahre 1950 nur 2.527 mit 13'3 Mill. S bewilligt wurden, waren es bis Ende Juli dieses Jahres schon 3.626 mit einer Darlehenssumme von 20'3 Mill. S. Insgesamt wurden somit seit Beginn der Aktion 9.279 Darlehen im Gesamtbetrag von 52'3 Mill. S gegeben, womit jedoch nicht einmal ein Drittel der Ansuchen (rund 35.000) bewilligt wurde. Da an Tilgungsraten⁵⁾ bis Ende Juni 3'6 Mill. S eingegangen sind, beträgt die aushaftende Schuldsomme derzeit 48'7 Mill. S. Obwohl die Preise beträchtlich gestiegen sind, hat die durchschnittliche Kredithöhe im Laufe der Zeit eher ab- als zugenommen. Der reale Kaufwert der einzelnen Darlehen ist daher erheblich gesunken.

Genehmigte Hausratdarlehen aus dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds¹⁾

Datum der Bewilligung	Zahl der Fälle	Kreditsumme in 1.000 S	Durchschn. Kredithöhe S
1949 27. 5.	400	2.482'1	6.205
7. 7.	441	2.478'8	5.621
10. 8.	643	3.778'0	5.876
16. 2.	1.642	10.013'5	6.098
1950 22. 5.	1.827	8.803'5	4.819
24. 7.	698	4.469'1	5.556
18. 12.	2	8'0	4.000
1951 29. 1.	885	5.016'0	5.668
27. 2.	407	2.250'1	5.529
8. 5.	1.428	8.020'0	5.616
13. 7.	906	5.000'0	5.519
Insgesamt...	9.279	52.319'1	5.638

¹⁾ Nach Angaben des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau.

Die Verteilung der Kredite auf die Bundesländer entspricht weitgehend der Größe ihrer Bombenschäden. Von der bis Ende Juli 1951 bewilligten Darlehenssumme entfallen 54% auf Wien, 12% auf die Steiermark, 10% auf Niederösterreich, 8% auf Oberösterreich, der Rest auf die übrigen Bundesländer. Der durchschnittliche Kredit ist in den meisten Bundesländern niedriger als in Wien.

Die Verwendung der Darlehen ist sehr vielfältig, da der Hausratbegriff sehr weit gefaßt wurde und man

⁴⁾ Auf Grund der Novelle zum Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz vom 15. Dezember 1950 fließen dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds neben gelegentlichen Zuwendungen des Bundes und aus Counterpart-Mitteln laufend die Erträge des Wohnhaus-Wiederaufbaubeitrages (bis Ende Dezember 1950 5%, ab 1. Jänner 1951 10% des Aufkommens an Einkommen- und Körperschaftsteuer), die Beiträge der Hauseigentümer (bei mietengeschützten Wohnungen 13 g je Krone des Mietzinses 1914), der Eigentümer von bebauten oder unbebauten Grundstücken von über 50.000 S Einheitswert (2 bis 5‰) und der Pfandgläubiger (50% bzw. 5% der am 1. Juni 1948 aushaftenden Schuldsomme) zu. Insgesamt gingen in letzter Zeit durchschnittlich 30 Mill. S im Monat ein, wovon 10% für die Hausrathilfe abgezweigt werden. Für 1951 dürften demnach rund 36 Mill. S für die Gewährung von Darlehen an Bombengeschädigte zur Verfügung stehen. (Tatsächlich wird vermutlich infolge der Vorgriffe im vergangenen Jahr weniger ausgegeben werden.)

⁵⁾ Die Tilgungsraten fließen dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds zu. Nur 10% davon stehen für weitere Hausratkredite zur Verfügung.

Verteilung der Hausratdarlehen auf die Bundesländer¹⁾

Bundesland	Zahl der Fälle		Kreditsumme		Durchschn. Kredit- höhe S
	absolut	% v. insg.	in 1.000 S	% v. insg.	
Wien	4.940	53'2	28.266'6	54'0	5.722
Niederösterreich	919	9'9	5.330'1	10'2	5.800
Burgenland	82	0'9	519'0	1'0	6.329
Oberösterreich	742	8'0	4.065'5	7'8	5.480
Salzburg	281	3'0	1.567'5	3'0	5.578
Steiermark	1.188	12'8	6.485'8	12'4	5.459
Kärnten	631	6'8	3.259'5	6'2	5.166
Tirol	416	4'5	2.328'5	4'4	5.597
Vorarlberg	80	0'9	496'5	1'0	6.206
Insgesamt...	9.279	100'0	52.319'0	100'0	5.638

¹⁾ Nach Angaben des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau, Stand Ende Juli 1951.

außerdem auch bei der Erteilung von Kaufbewilligungen für Waren, die ursprünglich nicht vorgesehen waren (Fahrräder, billige Radioapparate u. a.), ziemlich großzügig ist. Im Durchschnitt werden 20% der Kredite für Bekleidung verwendet (grundsätzlich sind nur 10% bewilligt, es werden jedoch auf Ansuchen Sondergenehmigungen erteilt), die restlichen 80% verteilen sich auf Möbel, Hausrat aller Art, Teppiche, Beleuchtungskörper, Bettzeug und Bettwäsche, Radioapparate, Nähmaschinen, Fahrräder u. a. Wegen des überwiegend sozialpolitischen Charakters dieser Aktion soll grundsätzlich nichts gekauft werden, was bei durchschnittlichem Lebensstandard als Luxus gilt.

Trotz ihrer Erweiterung erhöht die Hausrataktion die Gesamtnachfrage nicht nennenswert. Für den einzelnen Kreditnehmer bedeutet sie aber eine große Hilfe, vor allem, weil das Darlehen unverzinst ist und die Tilgungsraten sehr gering sind¹⁾, und manchen Geschäften, die zur Einlösung der Kreditbriefe berechtigt sind²⁾, wird sie eine merkliche Umsatzbelebung bringen. Den Gesamtumsatz der Waren, die mit Hausratkrediten gekauft werden können (er wird für 1950 auf über 6 Mrd. S geschätzt), dürften die für das ganze Jahr 1951 erwarteten Kredite (36 Mill. S) jedoch nur um kaum ½% erhöhen.

Arbeitslage

Dazu statistische Übersichten S. 385—389

Die günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt hielt auch im Juni an. Die Zahl der Beschäftigten stieg um 23.500 (im Vorjahr um 16.000) auf 2.019.100 und erreichte damit einen neuen Höhepunkt, der um 15.400 über dem bisherigen vom Oktober vorigen Jahres liegt. Nahezu 20.000 Beschäftigte nahmen Industrie und Gewerbe auf, den kleinen Rest die Landwirtschaft und der staatliche Sektor. Die Beschäftigung

¹⁾ Im Durchschnitt werden 120 Monatsraten bewilligt. (Grundsätzlich ist die Rückzahlungsfrist 100 Monate. Sie vergrößert sich bis auf 180 Monatsraten bei Nettoeinkommen unter 700 S und außerdem bei kinderreichen Haushalten.) Bei einem durchschnittlichen Kredit von 5.600 S beträgt die monatliche Tilgungsrate 47 S.

²⁾ Kreditbriefe können nur von Mitgliedsfirmen des „Inkassovereins-Fondshilfe“ eingelöst werden. Der Verein zählt derzeit im ganzen Bundesgebiet 1.600 bis 1.800 Mitglieder.

Beschäftigtenstand nach Bundesländern

Bundesland	April	Mai	Juni
	in 1.000 Personen		
Wien	612'2	616'9	621'1
Niederösterreich	289'1	293'9	298'4
Steiermark	287'4	292'0	295'6
Kärnten	124'2	127'9	131'2
Oberösterreich	295'4	299'3	301'1
Salzburg	99'4	102'1	104'2
Tirol	102'5	104'5	107'1
Vorarlberg	63'5	64'0	65'3
Burgenland	32'8	33'2	33'6

nahm in allen Bundesländern zu, am stärksten in Niederösterreich (4.500 neue Beschäftigte).

Die Arbeitslosigkeit ging im Juni um 17.200 (im Vorjahr 10.100) zurück. Mit 80.900 Stellensuchenden am Monatsende lag sie um 7.100 unter dem vorjährigen Tiefpunkt im September und erreichte den niedrigsten Stand seit Oktober 1949, bei den Männern sogar seit Oktober 1948. Auch die Zahl der arbeitslosen Frauen sank stärker (-4.900), so daß zum ersten Mal seit Mai 1948 die Zahl der weiblichen Arbeitslosen niedriger war als im entsprechenden Vorjahresmonat. Die Arbeitslosigkeit verminderte sich in allen Berufsgruppen - auch dort, wo sie bisher besonders hartnäckig war (wie bei den Textilarbeitern) - und in allen Bundesländern. In Wien allerdings ging die Arbeitslosigkeit langsamer zurück als in den anderen Bundesländern. So war Wien das einzige Bundesland, das im Juni noch nicht den tiefsten Stand der Arbeitslosigkeit des Vorjahres unterschritten hatte, und Wiens Anteil an der gesamten Arbeitslosigkeit war mit 53'8% größer als in irgend einem anderen Zeitpunkt der Nachkriegszeit.

Bisher hat die lebhafteste Bautätigkeit wesentlich zu der guten Beschäftigungslage beigetragen. Die Bautätigkeit wurde aber nicht zuletzt dadurch stark angeregt, daß öffentliche Bauvorhaben zur Beseitigung der Winterarbeitslosigkeit vorgezogen (vorweggenommen) und öffentliche und private Bauten wegen der erwarteten Preis- und Lohnerhöhungen stark forciert wurden. Nach dem Preis-Lohn-Abkommen laufen „vorgezogene“ Bauarbeiten nicht nur allmählich ab, sondern die erhöhten Baukosten drohen auch das reale Bauprogramm zu kürzen. Die weitere Entwicklung in dieser Hinsicht wird daher von entscheidender Bedeutung nicht nur für die Beschäftigung der Bau- und Hilfsarbeiter sondern auch anderer Berufe sein.

Wenn auch Preissteigerungen die Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten vermindern, so haben angesichts der lebhaften Konjunktur im Welthandel die gegenwärtigen Rohstoffexporte trotzdem keine Exportschwierigkeiten zu befürchten. Der Export von Fertigwaren wird jedoch zweifellos beeinträchtigt werden.

Verkehr

Dazu statistische Übersichten S. 390—391

Die Zahl der im *Güterverkehr* geleisteten Netto-Tonnenkilometer der Bundesbahnen stieg von 494² Mill. im Mai auf 547¹ Mill. im Juni, das ist um 10⁷%; ebenso erhöhte sich die Zahl der Zugskilometer von 175 Mill. auf 185 Mill., die der Wagenachskilometer von 107⁶⁹ Mill. auf 112³² Mill. Der Binnenverkehr war wie bisher auch im Juni sehr lebhaft und die Steigerung der Verkehrsleistungen war neben den leicht erhöhten Frachten in der Ein- und Ausfuhr vor allem ihm zu verdanken.

Im *Personenverkehr* stieg die Zahl der Zug- und Wagenachskilometer gegenüber Mai um 9% bzw. 5²%, die Zahl der verkauften Karten blieb hingegen mit 5³³ Mill. Stück nahezu gleich (5³¹ Mill.). Im Vergleich zum Juni 1950 wurden jedoch rund 258.000 Fahrkarten mehr verkauft, allerdings waren im Vorjahr die Bahnsteigkarten mit enthalten.

Der *Transitverkehr* ging im Monat Mai auffallend stark zurück. Die beförderte Gütermenge sank gegenüber April um 12%, die geleisteten Netto-Tonnenkilometer um 27% und die Einnahmen um 11%. Mit 187.113 t und 45¹ Mill. Netto-t-km wurde der bisher tiefste Nachkriegsstand vom Mai 1950 sogar noch unterschritten, und zwar bei Netto-t-km um 32% und bei den Einnahmen um 39%.

Verkehrsleistungen im Transit

	Netto-t-km		Tonnen		Einnahmen	
	in 1.000	in % von 1950	in 1.000	in % von 1950	in Mill. S	in % von 1950
∅ 1950	86.701	—	254 ¹	—	33 ⁶	—
1951 I.	85.332	106 ⁴	277 ⁸	106 ¹	31 ⁷	111 ⁵
II.	71.655	101 ⁰	241 ⁸	105 ²	28 ³	109 ⁶
III.	63.071	64 ⁹	228 ⁵	75 ⁷	27 ⁷	83 ⁰
IV.	61.511	78 ⁵	212 ⁵	91 ³	22 ⁰	66 ¹
V.	45.086	68 ⁰	187 ¹	98 ⁰	17 ³	61 ¹
1951 I.—V.	326.655	83 ⁰	1.147 ⁷	94 ⁴	127 ⁰	85 ¹
1950 I.—V.	393.365	—	1.216 ⁴	—	149 ³	—
1949 I.—V.	610.405	155 ¹	1.560 ²	128 ³	182 ¹	122 ⁰
1951 in % von 1949	53 ⁵	—	73 ⁶	—	69 ⁷	—

¹⁾ Einnahmen in Schweizer Franken zum heutigen Kurs von 5 Schilling umgerechnet.

Wenn auch der Transit starken monatlichen Schwankungen unterworfen ist, so kann dieser starke Rückgang mit saisonalen Einflüssen doch nicht mehr erklärt werden. Hierfür spricht auch, daß seit Dezember die Durchfuhr ständig abnahm. Die Leistungen sind innerhalb von fünf Monaten auf 54% (Netto-t-km) und 39% (Einnahmen) des Dezemberstandes gesunken und das Ergebnis von Jänner bis Mai blieb gegenüber den gleichen Monaten des Jahres 1950 um 17% (t-km) und 15% (Einnahmen), gegenüber 1949 um 46% und 30% zurück.

Gliedert man die Verkehrsleistungen nach Herkunfts- und Bezugsländern, so sieht man, daß der Transit fast ausschließlich deshalb schrumpft, weil die Transporte von und nach den Ostländern Polen, ČSR und Ungarn zurückgehen. Diese Entwicklung setzte bereits i. J. 1948 ein, als der Jugoslawien-Verkehr nahezu völlig unterbunden wurde. Im Verlauf der Jahre 1949 und 1950 sanken jedoch auch in anderen Verkehrsrelationen die Leistungen und die Transporte von und nach den drei Oststaaten nahmen i. J. 1950 gegenüber d. J. 1949 um 15% ab, wobei der polnische Verkehr mit 49% am stärksten zurückging. Diese Entwicklung setzte sich im ersten Trimester 1951 verschärft fort und die Transporte von und nach diesen Staaten sanken im Vergleich zu der gleichen Zeitspanne 1950 um weitere 20%.

Transitverkehr mit den Oststaaten Jänner bis April 1950 und 1951

	1950		Von 1951		1950 = 100		1950		Nach 1951		1950 = 100	
	in Tonnen		in Tonnen		%		in Tonnen		in Tonnen		%	
Polen.....	44.746	29.447	65 ⁸	14.326	11.773	82 ²	66.612	36.488	54 ⁸	71.953	76.214	105 ⁹
Ungarn	139.332	125.982	90 ⁴	33.502	16.371	48 ⁹	250.690	191.917	76 ⁶	119.781	104.358	87 ¹

Der Verlust des Transits von und nach den Oststaaten wirkt sich finanziell viel stärker aus, als die Frachtmenge erkennen läßt, da in diesem Verkehr lange Transitwege benützt werden.

Die Ursachen dieses Rückganges sind verschiedenen. Entscheidend sind: erstens der gehemmte Außenhandel zwischen Ost und West, vor allem infolge des „rüstungswirtschaftlichen“ Embargos seitens der Weststaaten, zweitens die Umleitung der Frachten über polnische Häfen und drittens die relative Verteuerung der Frachtsätze für die Oststaaten um 80% — wodurch sie an die Sätze der Weststaaten angeglichen wurden — infolge der Umstellung des Transitbarèmes von Schweizer Franken auf Schillinge am 1. April 1950¹⁾. Die Ursachen liegen also größtenteils außerhalb des Einflusses der ÖBB; trotzdem müssen weiterhin alle möglichen tarifarischen Maßnahmen ergriffen werden, um den Verkehr wieder zu steigern, selbst dann, wenn das finanzielle Ergebnis wenig befriedigt. Denn wandert der Verkehr einmal ab, kann er nur schwer wiedergewonnen werden und bei einem Wiederaufleben des Ost-West-Handels könnte dann für den Transit kostbare Zeit verloren gehen.

¹⁾ Siehe auch Heft 3 der Monatsberichte, Jg. 1950, S. 121 (Umstellung des Durchfuhrtarifes).

Prozentuelle Veränderung der wichtigsten Durch-
fuhren im Jahre 1950 gegenüber 1949

Von	Nach	Deutsch- land	Italien	Jugo- slawien	Polen	Ungarn	Schweiz	CSR
Deutschland..	—	—	121'0	163'8	—	73'4	—	—
Italien	142'0	—	—	—	96'9	228'4	—	75'2
Jugoslawien..	147'7	—	—	—	8'6	—	52'3	56'0
Polen	—	5'3	—	0'0	—	—	149'9	—
Ungarn	68'1	191'9	—	—	—	—	107'3	—
Schweiz	—	—	—	—	—	71'6	96'7	—
CSR	—	111'7	—	32'4	—	—	152'0	—
Von	130'0	130'4	99'2	47'9	87'1	82'7	113'6	—
Nach	116'0	84'3	118'9	85'4	98'0	127'7	75'4	—

Der *Donauschiffsverkehr* (DDSG und Comos) konnte im II. Quartal 1951 die Verkehrsleistungen mit 237.127 t beförderten Gütern nahezu auf gleicher Höhe halten wie im I. Quartal. Gegenüber der Vergleichszeit des Jahres 1950 ist jedoch die Leistung um 19% gestiegen, wobei die Zunahme auf „sonstige“ Güter entfällt, während die Kohlentransporte infolge der Mangellage sogar etwas zurückgingen. Das ungünstige Verhältnis zwischen Tal- und Bergfahrt hat sich zwar etwas gebessert — die Bergfahrt war im II. Quartal an der Gesamttonnage mit 14,7% beteiligt gegen 10,6% im I. Quartal und 6,4% im II./1950 — ist jedoch immer noch völlig ungenügend, den Transportraum auszulasten und eine bessere Rentabilität zu ermöglichen. In den Monaten Mai bis Juni wurden erstmalig größere Mengen amerikanisches Getreide (20.237 t) verfrachtet, von denen 7.000 t bis Wien geführt wurden. In der Bergfahrt von Wien nach Linz konnte seit Februar nichts verfrachtet werden; auch die beiden neuen im Staatsbesitz befindlichen Frachtschiffe befuhren bisher nur die obere Donau.

Verkehrsleistungen der Donauschiffahrt¹⁾ im
II. Quartal 1951

	II. Quartal 1951	II. Quartal 1950	1950 = 100	I. Quartal 1951 = 100
	in Tonnen			
Talfahrt	202.256	186.005	108'7	95'4
davon Kohle	181.434	184.814	98'2	86'0
Sonstiges	20.822	1.191	1.748'3	2.071'8
Bergfahrt	34.871	12.653	275'6	138'2
Tal und Berg	237.127	198.658	119'4	99'9

¹⁾ Nur DDSG und Comos.

Außenhandel

Dazu statistische Übersichten S. 392—394

Im Juni stieg die kommerzielle *Einfuhr*, die seit März gefallen war, wieder um 18 Mill. S auf 940 Mill. S, blieb aber damit noch immer etwas hinter den Werten von März und April zurück. Da die ERP-Importe mit 309 Mill. S das hohe Niveau des Vormonates nahezu hielten, stieg die Gesamteinfuhr auf den neuen Höchststand von 1.249 Mill. S und war um 15 Mill. S größer als im Mai.

Aber auch die *Ausfuhr* erreichte im Juni mit 880 Mill. S einen neuen Höhepunkt, der nicht nur um fast 190 Mill. S über dem Wert des Vormonates lag, sondern auch um 100 Mill. S über dem bisherigen Höchstwert im April. Diese saisonwidrig starke Zunahme im Juni deutet darauf hin, daß der auffallende Exportrückgang im Mai kein Symptom besonderer Exportschwierigkeiten war. Vielmehr dürften Exporte, die „normalerweise“ im Mai stattgefunden hätten, auf Juni verschoben worden sein. Die Exporte beider Monate zusammen entsprechen etwa dem Wert und Volumen, das man auf Grund der Saisonentwicklung für Mai und Juni erwarten konnte. Die Ausfuhrsteigerung im Juni ist auch nicht nur auf Preissteigerungen zurückzuführen. Mit 121 (1937 = 100) war das *Ausfuhrvolumen* im Juni größer als in irgendeinem anderen Monat dieses Jahres — um 4,3% größer als im März, um 21% größer als im Mai —, wenn es auch nicht an das Volumen der Monate Oktober bis Dezember des Vorjahres (133 im Durchschnitt, 136 im Dezember) heranreicht.

Das Ansteigen der Ausfuhr ließ den *Einfuhrüberschuß* stark zurückgehen, im kommerziellen Verkehr auf 60 Mill. S, im Gesamtverkehr auf 369 Mill. S. Das Passivum der Handelsbilanz war damit bedeutend niedriger als in irgendeinem Monat des laufenden Jahres.

Da Westdeutschland die Importrestriktionen im Juni wieder lockerte, stiegen seine Importe aus Österreich von 72,3 Mill. S auf 100,9 Mill. S. Damit ist Westdeutschland wieder zum größten Handelspartner Österreichs geworden, nachdem es diesen Platz in den vergangenen zwei Monaten an Italien abgetreten hatte. Auch in anderen Richtungen, wie nach Großbritannien, Holland und Übersee, stieg die Ausfuhr. Nach Australien erhöhte sich der Export auf 23,5 Mill. S (wahrscheinlich durch Lieferungen von Holzhäusern) gegenüber 6,4 Mill. S im Durchschnitt der Monate Jänner bis Mai.

Die warenmäßige Zusammensetzung des Außenhandels zeigte im Juni vielfach die gleichen Änderungstendenzen wie seit Jahresbeginn. So gingen vor allem die Kohleneinfuhren weiter zurück. Dagegen stieg die Ausfuhr von elektrischem Strom dank der guten Wasserführung der Flüsse stark an. Die Exportkonjunktur für Rohstoffe hielt an. Ihr Anteil (ohne Brennstoffe und halbfertige Waren)¹⁾ am Wert der

¹⁾ Der hier gebrauchte Begriff „Rohstoffe“ lehnt sich an den seit Beginn des Jahres auch in Österreich verwendeten UN-Code an und ist enger als der des Brüsseler Warenzeichnisses, der auch die Brennstoffe und viele halbfertige Waren umfaßt.

(Die offiziellen Preisnotierungen für Schnittholz liegen freilich zumeist unter den effektiven Marktpreisen; dennoch dürften sie aber zumindest die Preisbewegung annähernd richtig wiedergeben.)

Entwicklung der Holzpreise¹⁾
(Fichte und Tanne, frei Bahnstation)

	Säge-Rundholz media 3 a		Schleifholz media 1 b		Schnittholz ²⁾ 0-II Breitware	
	S je fm 1937 VII. 50	In % von 1937 VII. 50	S je fm 1937 VII. 50	In % von 1937 VII. 50	S je m ³ 1937 VII. 50	In % von 1937 VII. 50
Ø 1937	19'67	100	17'38	100	86'42	100
1950 VII.	148	752	100	115	662	100
VIII.	154	788	104	123	708	107
IX.	165	839	111	126	725	110
X.	169	859	114	126	725	110
XI.	184	935	124	128	736	111
XII.	199	1.012	134	146	840	127
1951 I.	211	1.073	143	157	903	137
II.	253	1.286	171	174	1.001	151
III.	283	1.439	191	188	1.082	163
IV.	304	1.546	205	213	1.226	185
V.	308	1.566	208	210	1.208	183
VI.	308	1.566	208	216	1.243	188

¹⁾ Preise nach dem amtlichen Waren-Kursblatt der Wiener Börse (Ø 1937) sowie den beim Landesholzwirtschaftsrat Steiermark eingelaufenen Meldungen (1950, 1951). —
²⁾ Ohne Kontrollscheine.

Wenn man, wie vorgesehen, die Schlägerungsansuchen in Zukunft rigoros prüfen, die Bewilligungen einschränken und Kauttionen einheben wird, um die Wiederaufforstung zu erzwingen und den Einschlag auf das im Long-Term-Programm fixierte Ausmaß (7 bis 8 Mill. fm) zu reduzieren, wird sich die Konkurrenz um das Rundholz — vor allem bei Fortdauer der Exportkonjunktur für Holz und Papier — noch verstärken. Die Preistendenz für Holz wird in diesem Fall eher fest bleiben. Die Verknappung könnte nur so gemildert werden, daß man den Brennholzbedarf für die Haushalte zugunsten von Nutzholz für die industriellen Verbraucher und den Export noch etwas einschränkt. Das setzt aber eine ausreichende Kohleneinfuhr voraus. Im übrigen könnte das Rohstoffproblem Holz in Österreich bei möglicher Schonung der Waldsubstanz leichter gelöst werden, wenn die Papierindustrie Spreißelholz in noch größeren Mengen als bisher verarbeiten und auch die Verwendung von Stroh und anderen Ersatzstoffen an Stelle von Schleifholz und Säge-Rundholz ernsthaft erwägen würde.

Energiewirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 376—377

Im Juni war die gesamte Stromerzeugung um 13,2% höher als im Vormonat und erreichte mit 572 Mill. kWh einen neuen Höchststand. Diese Mehrerzeugung ist ausschließlich den Wasserkraftwerken zu danken, die ihre Produktion um 68 Mill. kWh auf den neuen Rekordstand von 545 Mill. kWh

erhöhten. Infolge der anhaltend günstigen Wasserführung der Flüsse konnte fast die gesamte elektrische Energie in hydraulischen Kraftwerken erzeugt werden. Trotz der günstigen Entwicklung der Stromerzeugung im Sommer ist es schon jetzt dringend geboten, vorsorgliche Maßnahmen für den Winter zu treffen, denn die Wasserdarbietung sinkt nach dem Höhepunkt im Juni-Juli wieder und auch Kohle wird heuer besonders knapp werden. Eine Verbrauchsregelung und ein Verteilungsplan für elektrische Energie werden daher ehestens vorbereitet werden müssen.

Die Stromeinfuhr war im Berichtsmonat unbedeutend; die Stromausfuhr erhöhte sich auf 157 Mill. kWh (Juni 1950: 104 Mill. kWh). Der Stromverbrauch war um 6,7 Mill. kWh höher als im Vormonat.

Die Kohlenvorräte der Dampfkraftwerke sind weiter angestiegen und betragen 221.132 t Steinkohlenbasis. Der Heizölbestand war 5.133 t.

Am 12. Juni wurde im Wasserkraftwerk Großraming (Ennsgruppe) der zweite Generator mit einer Leistung von 27.000 kW in Betrieb genommen.

Nach der vorläufigen Erzeugungs- und Verbrauchsstatistik war die gesamte elektrische Energieerzeugung für das öffentliche Netz im 1. Halbjahr 1951 um 20% höher als im selben Zeitraum des vergangenen Jahres.

Stromerzeugung und Verbrauch

	1. Halbjahr 1950	1. Halbjahr 1951	1951 in % von 1950
	in Mill. kWh		
Hydraulische Werke	1.902'06	2.311'17	121'5
Kalorische Werke	363'26	407'13	112'1
Gesamterzeugung	2.265'32	2.718'30	120'0
Einfuhr	16'04	15'39	95'0
Ausfuhr	300'72	384'66	127'9
Verbrauch einschl. sämtl. Verluste	1.980'64	2.349'03	118'6

Der Verbrauch einschließlich sämtlicher Verluste stieg von 1.980 Mill. kWh auf 2.350 Mill. kWh. Der Verbrauch ist daher, selbst wenn man den höheren Stromverbrauch des Aluminiumwerkes Ranshofen abzieht, um mehr als 13% gestiegen.

Die inländische Kohlenförderung erhöhte sich im Juni um 9,23%. Insgesamt wurden 213.762 t (Steinkohlenbasis) gefördert gegen 195.320 t im Mai. Teilweise wirken sich bereits die Urlaube der Bergarbeiter aus.

Die österreichischen Kohlengruben sind mit Aufträgen so überhäuft, daß sie den Bedarf für den Hausbrand nicht mehr voll befriedigen können, nicht zuletzt, weil die Anforderungen der Bundesbahnen ständig steigen. Die Steinkohlenimporte wurden weiter gekürzt, so daß der Hausbrandbedarf in

den kommenden Monaten nur schwer zu decken sein wird.

Die Kohlenpreise der verstaatlichten Gruben wurden mit Wirkung vom 16. Juli um durchschnittlich 18% erhöht. Der private Kohlenbergbau hat schon früher Preiserhöhungen bewilligt bekommen.

Die bestehenden Importschwierigkeiten für Kohle lassen den heimischen Bergbau immer wichtiger erscheinen.

Nach vorläufigen Daten war die gesamte inländische Kohlenförderung im 1. Halbjahr 1951 um 17% höher als im 1. Halbjahr 1950.

Kohlenförderung im 1. Halbjahr 1950 und 1951

Art	1. Halbjahr 1950	1. Halbjahr 1951	1951 in % von 1950
Steinkohle	89.181	96.764	108,5
Braunkohle	2.045.703	2.409.587	117,8
Insgesamt (Steinkohlenbasis) ...	1.112.034	1.301.558	117,0

Es ist zu erwarten, daß die für 1951 vorgesehene Fördermenge von 245 Mill. t (Steinkohlenbasis) erreicht oder sogar überschritten werden wird. Die Leistung pro Mann und Betriebsschicht betrug im Jänner 1.342 kg, im Februar 1.345 kg, im März 1.323 kg und im April 1.264 kg; eine weitere Steigerung wird voraussichtlich erst nach Anlaufen der neuen Grubenanlagen möglich sein.

Die Kohlenknappheit hält in den meisten europäischen Ländern unvermindert an und die Kohlenausfuhr der Produktionsländer wird mehr und mehr eingeschränkt. Österreich wird nach dem neuesten Verhandlungsstand ab Juli monatlich um 50.000 t weniger Ruhrkohle je Quartal erhalten. Die Quote für das III. Quartal wird daher nur rund 600.000 t betragen. USA-Kohlenimporte sollen diese Fehlmengen ausgleichen. Mit Polen wird über eine Erhöhung der Kohlenlieferungen von bisher 800.000 t auf 1 Mill. t Steinkohle verhandelt, mit der ČSR über die Nachlieferung der auf das Liefer-soll fehlenden Mengen.

Die Kohlenimporte waren im Juni annähernd gleich groß wie im Vormonat. Insgesamt wurden 306.905 t (Mai: 304.121 t) Stein-, 82.979 t (105.404 t) Braunkohle und 20.254 t (19.143 t) Koks eingeführt. Zusammen mit der Lieferung des inländischen Bergbaues standen der österreichischen Wirtschaft 561.226 t (550.300 t) Kohle (Steinkohlenbasis) zur Verfügung.

Industrieproduktion

Dazu statistische Übersichten S. 378-383

Die Industrieproduktion ging im Mai gegenüber dem Höchststand im April um 5% zurück, vor allem wegen der acht Sonn- und Feiertage. Der

Gesamtindex betrug im Mai immer noch 154,7% von 1937.

Im Juni dürfte die Industrieproduktion trotz der Urlaube wieder stark angestiegen sein.

Da die Beschäftigung im Mai bei sinkender Produktion weiter stieg (+1,2%), ging die Produktion je Beschäftigten (Produktivität) um 6% zurück.

Der Index der dauerhaften Güter ist im Mai wegen der saisonmäßig hohen Produktion der Metallhütten, des Magnesit-Bergbaues und der Baustoffindustrie nur geringfügig (-2,1%) zurückgegangen, jener der nichtdauerhaften Güter sank um 10%.

Die Entwicklung war daher auch in den einzelnen Branchen unterschiedlich.

Der Index der Bergbauproduktion ist im Juni vor allem durch eine bedeutend höhere Erzförderung um 17% gestiegen.

Trotzdem übersteigt die Nachfrage nach Erzen noch immer die Produktion, da bei der VÖEST in Linz in einem dritten Hochofen zusätzlich Roheisen erblasen wird und auch der Export stieg.

Förderleistungen im Bergbau

Produkt	1. Halbjahr 1950	1. Halbjahr 1951	1951 in % von 1950
Eisenerz t	830.748	1.125.140	135,4
Blei/Zinkerz t	53.454	53.592	100,3
Kupfererz t	35.289	38.451	109,0
Salzsole m ³	336.643	446.305	132,6

Die Produktion von Magnesit und Magnesiterzeugnissen (vor allem Sintermagnesit und Magnesitsteine) ist im Mai um 16% gestiegen.

Die Absatzlage - der größte Teil der Erzeugung wird exportiert - ist weiter günstig.

Die Produktion der eisenschaffenden Industrie stieg im Juni wieder stark (+24%); die Erzeugung von Roheisen stieg auf 92.000 t gegenüber 72.000 t im Mai, da die VÖEST einen dritten Hochofen in Betrieb nahm. Auch die Rohstahl-, Walzwaren- und Blechproduktion ist stark gestiegen. Die Schrottvorsorgung ist ungenügend und neben der Brennstoffbeschaffung eine der drückendsten Sorgen der Hüttenindustrie. Der unterbrochen gewesene Schrottimport aus Westdeutschland konnte im Juni nur nach Schwierigkeiten (mittels einer Verwendungsbescheinigung) wieder flottgemacht werden.

Der Engpaß bei Walzmaterial hat sich infolge erhöhter Nachfrage verschärft, für Betoneisen und Torstahl wurde daher eine Auftragsperre verfügt. Auch bei anderen Eisensorten reichen die Liefertermine weit in das nächste Jahr hinein. Dagegen dürfte sich die Versorgung mit Grobblechen verbessern, wenn die Brammenstraße der VÖEST in Linz anläuft. Der Mangel an Feinblechen dagegen wird zunächst bestehen bleiben, da die VÖEST einen

Teil der Produktionskapazität für die Erzeugung von Dynamo- und Trafoblechen reservieren muß, die die Elektroindustrie dringend benötigt. Diese kritische Lage auf dem Kommerzeisensektor wird in den kommenden Monaten in den eisenverarbeitenden Branchen ernste Engpässe hervorrufen. Die erhöhte Kapazität der Eisenwerke kommt dem Inland nicht zugute, weil fertige Walzwaren für Kohle und Koks exportiert werden müssen.

Der Mangel an Legierungsmetallen behindert die Stahlproduktion und droht sie stärker einzuschränken. Die Lieferung von Ferro-Mangan aus Nord-Norwegen ist wegen des dortigen äußerst strengen Winters verschoben worden. Dem Ferro-Wolframbedarf stehen vollkommen unzulängliche Importe aus Schweden gegenüber. Bei Ferro-Silizium und Nickel ist der Bedarf nur zur Hälfte gedeckt. Die Kobaltlieferungen aus Belgien, welche vor allem für die Magneterzeugung der Elektro- und Radioindustrie benötigt werden, sind sehr gering.

Der Produktionsindex der *Metallhütten* ist im Mai um weitere 37,7% auf 476,08% von 1937 gestiegen. Die Aluminiumindustrie arbeitet saisongemäß auf vollen Touren. Es wurden 3.785 t (April 2.431 t) Aluminium erzeugt. Die Produktion erreichte damit den bisherigen Rekordstand. Das Werk Ranshofen erhält heuer 105.000 kW elektrische Energie gegenüber 75.000 kW im Vorjahr. Die diesjährige Mehrproduktion an Aluminium wird daher, falls nicht vorzeitig auf Winterbetrieb umgeschaltet werden muß, beachtlich sein. Das Halbzeugwerk Ranshofen hat die Produktion von Aluminiumprofilen, Preßdrähten, Blechen und Walzwaren erheblich erhöht und der Auftragsstand sichert die Produktion bis in den Herbst. Der größte Teil der Fertigung wird exportiert.

Auch die Bleiproduktion stieg weiter, während die Elektrolytkupfer-Erzeugung leicht zurückging. In der letzten Zeit sind größere Mengen von Kupfer aus Japan und Chile und Blei aus Australien eingelangt, die die Mangellage leicht entspannten.

Die *Gießereiindustrie* hielt ihre vormonatliche Höchstproduktion. Die Produktion von Grau-, Stahl- und Temperguß konnte trotz Koksknappheit (erhöhter Bedarf für den dritten Hochofen in Linz) und mancher Vormaterialschwierigkeiten sogar leicht erhöht werden, dagegen sank die Erzeugung von Leicht- und Schwermetallguß.

Die Erzeugung von Eisen- und Metallwaren sank im Mai wegen der geringeren Zahl von Arbeitstagen, aber auch wegen Rohstoffschwierigkeiten.

So ist der Produktionsindex der *Fahrzeugindustrie* um 10% gesunken. Vor allem der Ausstoß

von Traktoren und Fahrrädern ging stark zurück. Bei den Steyr-Werken wirkt sich weiterhin der Mangel an Profilstahl, Blechen und Gummi produktionshemmend aus. Bei voller Kapazitätsausnutzung könnten zusätzlich Traktoren, Diesellastkraftwagen usw. erzeugt und die herrschende Konjunktur durch eine erhebliche Exportsteigerung ausgenützt werden. Hingegen blieb die Produktion im Maschinen-, Stahl- und Eisenbau im Mai stabil. Die Schwierigkeiten in der Beschaffung von Walzmaterial nehmen zu und die Liefertermine werden untragbar lang. Die Übernachfrage nach Werkzeugen erhöhte die Liefertermine und Preise; die Kapazität wird aber nicht erweitert, weil mangels potentieller Märkte später Rückschläge unvermeidlich wären.

Die Erzeugung der *Elektroindustrie*, die im April um 9% gestiegen war, sank im Mai besonders stark (-18,8%). Die Rohstoffversorgung hat sich durch Kupferimporte nur leicht entspannt.

Auch die Produktion der *chemischen Industrie* ist im Berichtsmonat um 5,6% zurückgegangen (vorwiegend bei Kristallsoda, Ätznatron, Waschmitteln und Zündhölzern). Die Zündholzindustrie produziert wegen Exportschwierigkeiten nur eingeschränkt. Hingegen ist die Karbiderzeugung noch weiter angestiegen. Die Erzeugung von Kalkammonsalpeter ist gestiegen. Die wachsende Nachfrage nach Stickstoffdünger übersteigt bei weitem die Produktionsmöglichkeiten. Die Österreichischen Stickstoffwerke arbeiten zu 80% für den Export und laufen auf vollen Touren. Während 1950 die Jahresproduktion 75.000 t Reinstickstoff betrug, wird sie in diesem Jahr voraussichtlich auf mindestens 80.000 t steigen. Die Produktivität ist von 19,8 t pro Beschäftigten im Jahre 1948 auf 27,2 t im Jahre 1950 gestiegen.

Der Produktionsindex der *Baustoffindustrie* ist saisonbedingt um 17% gestiegen. Vor allem stieg die Ziegelproduktion, die aufzuholen trachtet, was sie wegen des ungünstigen Wetters bisher versäumte. Die Monatsproduktion an Mauer- und Dachziegeln stieg im Mai gegenüber April auf das Doppelte. Besonders in den stärker mechanisierten Betrieben wird in zwei Schichten gearbeitet. Der Absatz ist sehr gut und die meisten Ziegeleien sind auf Wochen hinaus ausverkauft und ohne Lagerbestände. Die Zementerzeugung hat im Mai mit 136.358 t (381% von 1937) einen neuen Rekord erreicht. Die Brennstoffe erscheinen durch amerikanische Lieferungen gesichert. Auch die Kalk- und Baugipsproduktion stieg infolge der Bautätigkeit um 21% und 19%.

Die *Papierherzeugung* stieg im Juni um 11% und lag um 20% höher als im Jahre 1937. Dennoch konnte sie nicht die in- und ausländische Nachfrage

befriedigen. Der Export erreicht Rekorde, aber die Versorgung des inländischen Marktes bleibt unzureichend, da der Inlandspreis nicht voll die Gesteungskosten deckt, die Weltmarktpreise aber bei verschiedenen Papieren, wie z. B. Roto um 200 bis 300 % über dem Inlandspreis liegen. Die Schleifholzversorgung ist durch jugoslawische Blockholzimporte gesichert. Die Schleifholzvorräte reichen allerdings nur für 6 bis 7 Monate. Die Papierpreise im Inland wurden ab 23. Juli im Durchschnitt um 10 % erhöht.

In der *Textilindustrie* wirkte sich die geringere Zahl von Werktagen besonders produktionsmindernd aus. Der auf einen 30-Tage-Monat abgestellte Index ging im Mai um 15 % zurück. Nur die Bastfaserindustrie erzeugte etwas mehr. Die Exporte an Baum- und Zellwollgeweben wurden im III. Quartal auf 6 Mill. *m* beschränkt, um die Inlandsversorgung zu sichern. Die Zellwolleproduktion hat im Mai den Höchststand von 3.593 *t* erreicht. Damit ist auch das Ziel der 120-*t*-Tages-Produktion praktisch erreicht. Im 1. Halbjahr 1951 wurden insgesamt rund 20.000 *t* gegenüber 13.783 *t* im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres erzeugt. Die Beschaffung notwendiger Chemikalien erfolgte in letzter Zeit teilweise aus Jugoslawien.

Der Produktionsindex der *Leder- und Schuhindustrie* ist nach einer Steigerung im April (13 %) im Mai um 11 % gesunken. Die Ledererzeugung stieg um 7,5 % (Maßware), die Lederschuhherzeugung dagegen sank um 9,5 %. Der Rohhäuteanfall war auch im Mai höher als in den vorangegangenen Monaten.

Der Produktionsindex der *Nahrungsmittelindustrie* ist im Mai um 6,6 % gestiegen, vor allem wegen der saisonmäßig höheren Bierproduktion.

Die Produktion von *Tabakwaren* war im Mai um 25 % zurückgegangen, holte aber im Juni sehr stark auf (+ 69 %).

Umsätze

Dazu statistische Übersichten S. 384

Die Einzelhandelsumsätze nahmen im Juni¹⁾ entgegen den Saisonerwartungen fast durchwegs wieder zu: In den Warenhäusern um 30 %, in den Konsumgenossenschaften um 21 % und in einzelnen Branchen des Fachhandels um 10 % und mehr²⁾. Die Erlöse von Juni 1950, die allerdings schwach waren, wurden meist beachtlich überschritten (in den

¹⁾ Infolge der Urlaube hat bisher allerdings nur ein Teil der erfaßten Betriebe (insbesondere aus dem Fachhandel) die Umsätze gemeldet. Daher konnten verschiedene Teilindizes, der Index für den Fachhandel und der Gesamtindex des Einzelhandels für Juni noch nicht berechnet werden.

²⁾ Der „echte“ Umsatzzuwachs ist allerdings geringer, da der Juni 3 Verkaufstage mehr hatte als der Mai.

Warenhäusern um 91 %, in den Konsumgenossenschaften um 54 %). Da die Preissteigerungen geringer waren, sind die Umsätze seit dem Vorjahr auch mengenmäßig gestiegen.

Die Auszahlung der ersten Hälfte des 13. Monatsgehaltes (in Betrieben mit 14 Monatsgehältern wurde der ganze 13. Monatsgehalt ausgezahlt), die verschiedenen Lohnerhöhungen und die steigende Beschäftigung ließen die Geldeinkommen im Juni bedeutend steigen. Diese zusätzlichen Einkommen wurden für den Urlaub gespart oder erhöhten die effektive Nachfrage. Käufe, die im Frühjahr aus Kaufkraftmangel und wegen ungünstigen Wetters unterblieben waren, konnten vielfach im Juni nachgeholt werden. Die Kauflust wurde offenbar auch durch die Erwartung einer allgemeinen Preissteigerung nach dem fünften Preis-Lohn-Abkommen etwas angeregt. (Zu „Angstkäufen“, wie sie vor den bisherigen Preis-Lohn-Abkommen die Regel waren, kam es jedoch diesmal nicht.) Das in diesem Jahr ausgebliebene Frühjahrgeschäft konnte aber auch dadurch nicht wettgemacht werden.

Umsätze der Warenhäuser im Juni

Warengruppe	1950	1951	1951 in %
	Veränderungen gegenüber		von 1950
	Mai in %		
Warenhäuser insgesamt	-10'6	+29'7	191'2
davon			
Textilien und Bekleidung	-12'8	+27'6	191'1
Textilien	-12'9	+28'2	190'4
Schuhe	-10'8	+16'5	205'4
Möbel und Wohnbedarf	- 0'3	+44'6	199'6
Möbel, Teppiche, Gardinen	- 1'7	+51'4	207'2
Hausrat, Glas, Porzellan	+ 6'5	+16'5	166'8
Sonstiges	+ 2'2	+34'2	180'9
Parfümerie- und Drogeriewaren	- 1'2	-13'9	102'3
Lederwaren	- 7'0	+23'0	182'7
Spielwaren	+11'1	+48'3	182'4
Diverses	+10'2	+63'7	223'4

Die leichte Belebung des Konsums wirkte sich auf die einzelnen Branchen sehr unterschiedlich aus. Die Warenhäuser und Konsumgenossenschaften haben besser als der Fachhandel abgeschnitten, da ihre meist weniger kaufkräftigen Kunden das zusätzliche Einkommen eher für größere Anschaffungen verwenden als für Urlaube. Daher hat auch der Umsatz von *Möbeln und Wohnbedarf* in den Warenhäusern besonders stark zugenommen (+ 45 %), der von *Möbeln, Teppichen, Vorhängen* usw. allerdings noch weit mehr (+ 51 %) als jener von *Hausrat* (+ 17 %). Auch von den „sonstigen“ weniger dringenden Konsumgütern wurden in den Warenhäusern um 34 % mehr verkauft. Vor allem war die Nachfrage nach *Spielwaren, Sportartikeln* u. ä. saisonbedingt (Schluß und Urlaub) rege. Dagegen nahm der Umsatz von *Textilien und Bekleidung* weniger stark zu (+ 28 %). Lebhaft war die Nachfrage vor allem nach

Gesamtausfuhr stieg von 28% im I. Quartal auf 33% im II. Quartal 1951; im Juni betrug er 32%. Bei den gegenwärtigen Weltmarktpreisen sind die meisten österreichischen Rohstoffe so konkurrenzfähig, daß ihr Absatz auch durch das neue Preis-Lohn-Abkommen kaum beeinträchtigt werden wird. Gegenüber dem I. Quartal ist neben der Ausfuhr von Nahrungs- und Genußmitteln nur die der chemischen Erzeugnisse zurückgegangen, hauptsächlich weil die Exporte von Kalkammon-

salpeter¹⁾ unregelmäßig erfolgen. Auch die Ausfuhr von medizinischen und pharmazeutischen Erzeugnissen sank etwas. Die Einfuhr von Rohstoffen (ohne ERP und ohne Kohlenimporte) ist weniger gestiegen als die Ausfuhr von Rohstoffen. Dagegen nahm die Fett- und Öleinfuhr stark zu; ihr Wert war im Juni doppelt so hoch wie im Durchschnitt des I. Quartals. Auch bei den Importen von Fertigwaren war die Zunahme überdurchschnittlich.

¹⁾ Kalkammonsalpeterexporte tragen mehr als die Hälfte zu dem Wert der chemischen Gruppe bei.

Ein- und Ausfuhr nach Warengruppen

(Monatsdurchschnitte bzw. Monatswerte)

Warengruppen	Kommerzielle Einfuhr			Ausfuhr			Kommerzielle Einfuhr			Ausfuhr		
	I. Quartal 1951	II. Quartal 1951	Juni	I. Quartal 1951	II. Quartal 1951	Juni	I. Quartal 1951	II. Quartal 1951	Juni	I. Quartal 1951	II. Quartal 1951	Juni
	in Mill. S						in %					
Ernährung, Getränke und Tabak	221'3	204'7	210'8	11'9	11'0	6'1	25'6	21'8	22'4	1'7	1'4	0'7
Rohstoffe (ohne Brennstoffe)	175'4	204'9	190'4	193'2	256'0	282'0	20'3	21'8	20'2	28'1	32'7	32'1
Mineralische Brennstoffe und Energie	158'0	148'5	146'5	10'0	11'3	17'2	18'3	15'8	15'6	1'5	1'5	2'0
Tierische und pflanzliche Öle und Fette	22'0	41'4	44'1	0'1	0'1	0'0	2'5	4'4	4'7	0'0	0'0	0'0
Chemische Erzeugnisse	58'5	79'7	70'8	46'3	31'6	37'1	6'8	8'5	7'5	6'7	4'0	4'2
Halbwaren und Fertigwaren (nach dem Rohmaterial) ...	124'0	149'0	157'1	314'0	345'8	391'2	14'4	15'9	16'7	45'6	44'2	44'5
Maschinen und Verkehrsmittel	91'0	94'7	105'9	78'1	92'0	97'9	10'5	10'1	11'3	11'3	11'7	11'1
Sonstige Fertigwaren	13'6	15'5	14'8	34'8	35'4	47'9	1'6	1'7	1'6	5'1	4'5	5'4
A. N. G. Waren	0'0	0'0	0'0	0'1	0'2	0'1	0'0	0'0	0'0	0'0	0'0	0'0
Insgesamt ...	863'9	938'3	940'4	688'5	783'4	879'5	100'0	100'0	100'0	100'0	100'0	100'0